

## BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Sachbearbeiterin: Dr. RATHMEIER Tel.: 53120/2369 DW

Z1. 12.719/2-III/2/89

An das Präsidium des Nationalrates

Parlament 1014 Wien Ceseizentwurf

Zi SC GE/1988

Datum 11. 5 (Ce)

Verteilt 12. 5 88 7

Entwurf eines Bundesgesetzes über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungengesetz - SchVG); Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen eines Entwurfes für ein Bundesgesetz über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungen; gesetz - SchVG), welches dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet worden ist. Als Ende der Begutachtungsfrist wurde der 28. Juni 1989 vorgesehen. Auf die Übermittlung von Stellungnahmen an den Nationalrat im Zuge des Begutachtungsverfahrens wurde hingewiesen. Um gefällige Kenntnisnahme wird ersucht.

Wien, 27. April 1989
Die Bundesministerin:
Dr. HAWLICEK

F.d.R.d.A.: Tickler

# BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT, KUNST UND SPORT

Sachbearbeiterin: Dr. RATHMEIER

Tel.: 53120/2369 DW

GZ. 12.719/2-III/2/89

Entwurf eines Bundesgesetzes über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungengesetz - SchVG) Begutachtungsverfahren

Gesetzentwurf

ZI. 3 C -GE/19 df

Datum 11. 5. 1986

Verteilt 12 5 86 4aa~

An

das Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

das Bundeskanzleramt - Dienstrechtssektion

den Datenschutzrat, z.H. des Büros des Datenschutzrates

It Zomes

das Bundesministerium für Inneres

das Bundesministerium für Justiz

das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

das Bundesministerium für Finanzen

das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie

(Geschäftsführung des Familienpolitischen Beirates)

das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr,

Sektion V/Wirtschaftssektion

das Bundesministerium für Landesverteidigung

das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

den Rechnungshof

das Amt der Burgenländischen Landesregierung

das Amt der Kärntner Landesregierung

das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung

das Amt der Salzburger Landesregierung

das Amt der Steiermärkischen Landesregierung

das Amt der Tiroler Landesregierung

das Amt der Vorarlberger Landesregierung

das Amt der Wiener Landesregierung

die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

den Landesschulrat für das Burgenland

den Landesschulrat für Kärnten

den Landesschulrat für Niederösterreich

den Landesschulrat für Oberösterreich

den Landesschulrat für Salzburg

den Landesschulrat für Steiermark

den Landesschulrat für Tirol

den Landesschulrat für Vorarlberg

den Stadtschulrat für Wien

A-1014 WIEN · MINORITENPLATZ 5 · POSTFACH 65

- den Österreichischen Gemeindebund Johannesgasse 15, 1010 Wien den Österreichischen Städtebund Rathaus, 1010 Wien
- die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
- den Österreichischen Arbeiterkammertag Prinz Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien
- die **Präsidentenkonferenz** der Landwirtschaftskammern Österreichs Löwelstraße 16, 1010 Wien
- den Österreichischen Gewerkschaftsbund Hohenstaufengasse 10-12, 1010 Wien
- die Gewerkschaft **Öffentlicher Dienst** Teinfaltstraße 7, 1010 Wien
- die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Bundessektion **Pflichtschullehrer** Teinfaltstraße 7, 1010 Wien
- die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Bundessektion **Höhere Schule** Lackierergasse 7, 1090 Wien
- die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Bundessektion **Berufsschullehrer** Hütteldorfer Straße 7-17, 1150 Wien
- die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
  Bundessektion Lehrer an berufsbildenden
  mittleren und höheren Schulen
  Wipplingerstraße 28, 1014 Wien
- den Zentralausschuß beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport für die Bundeslehrer an allgemeinbildenden Schulen Pädagogischen Akademien und Pädagogischen Instituten sowie die Bundeserzieher an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler dieser Schulen bestimmt sind Herrengasse 14/3.Stock, 1014 Wien
- den Zentralausschuß beim Bundesministerium für Unterricht,
  Kunst und Sport für die Bundeslehrer an berufsbildenden Schulen und Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung
  (mit Ausnahme der Pädagogischen Akademien und Pädagogischen
  Institute) sowie die Bundeserzieher an Schülerheimen, die
  ausschließlich oder vorwiegend für Schüler dieser Schulen bestimmt sind
  Wipplingerstraße 28, 1010 Wien
- das Sekretariat der Österreichischen **Bischofskonferenz** Rotenturmstraße 2, 1010 Wien
- den **Evangelischen Oberkirchenrat** A. und H.B. Severin Schreiber-Gasse 3, 1180 Wien

- 3 -

- die Altkatholische Kirche Österreichs Schottenring 17, 1010 Wien
- die Israelitische Kultusgemeinde Seitenstettengasse 4, Postfach 145, 1010 Wien
- den Österreichischen Bundesjugendring Am Modenapark 1-2, 1030 Wien
- den Bundesverband der Elternvereinigungen, an höheren und mittleren Schulen Österreichs z.H. Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinz BUCHMAYR Altstadt 15, 4020 Linz
- den Hauptverband **katholischer Elternvereine** Österreichs Spiegelgasse 3, 1010 Wien
- den Verband der Elternvereine an den höheren Schulen Wiens z.H. Frau Dr. Edith MARKTL Wiedner Hauptstraße 66/4, 1040 Wien
- den Österreichischen Verband der Elternvereine an den **öffentlichen Pflichtschulen**Dr. Karl Renner-Ring 1, 1010 Wien
- den Österreichischen Familienbund Mariahilferstraße 24, 1070 Wien
- den Katholischen **Familienverband** Österreichs Spiegelgasse 3, 1010 Wien
- die Bundesorganisation der **Kinderfreunde** Österreichs Rauhensteingasse 5, 1010 Wien
- den Bundes-Schülerbeirat
  Minoritenplatz 5, 1014 Wien

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport übermittelt in der Anlage einen Entwurf eines Bundesgesetzes über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungengesetz - SchVG). Dieser Entwurf wurde vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport mit Vertretern des Bundes-Schülerbeirates beraten und erarbeitet. Der Entwurf ist von folgenden Überlegungen getragen:

Das bisherige Bundesgesetz über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung (aus dem Jahre 1981) hat sich in seiner grundsätzlichen Konzeption bewährt. Es besteht jedoch Übereinstimmung dahingehend, daß

- die Tätigkeit der Schülerbeiräte auch Züge einer Interessenvertretung in sich birgt, die gestärkt werden sollten;
- die Mehrfachbelastung von Spitzenfunktionären der Schülervertreter (Landesschulsprecher, Bundesschulsprecher und deren Stellvertreter) abgebaut werden sollen;
  - außerdem Verbesserungen im formalen Bereich erforderlich sind.

\_ 4 \_

Es werden daher unter grundsätzlicher Beibehaltung der bewährten Struktur der Schülerbeiräte diese als Schülervertretungen konzipiert und ihre Aufgabenbereiche zusätzlich interessenbezogen ausgerichtet.

Zudem sind gewisse Funktionstrennungen für Spitzenfunktionäre vorgesehen (erweiterte Rücktrittsmöglichkeiten, mit anschließender Neuwahl; zu dem soll aus demokratiepolitischen Überlegungen eine Abwahl von Schülervertretern möglich werden).

Eine gewünschte Flexibilisierung der Schülervertretungen wird durch die Möglichkeit der Einsetzung von Bereichsausschüssen mit spezifisch schulartbezogenen Aufgaben angestrebt.

Darüberhinaus sind weitere Änderungen im formalen Bereich vorgesehen.

Auf Grund der zahlreichen Änderungen wird aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtstransparenz einer Neufassung des gesamten Gesetzes der Vorzug gegenüber einer Einzelnovellierung gegeben.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport ersucht um Stellungnahme zum vorgelegten Gesetzesentwurf bis längstens

## 28. Juni 1989.

Sollte bis zum angegebenen Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, darf Bedenkenfreiheit angenommen werden.

Es werden Stellungnahmen in zweifacher Ausfertigung erbeten; 25 weitere Stellungnahmen wären dem Nationalrat zuzuleiten.

Wien, 27. April 1989 Die Bundesministerin: Dr. HAWLICEK

Fichiller

#### Entwurf

Bundesgesetz vom ......, über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungen tretungengesetz - SchVG)

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### 1. ABSCHNITT

#### Allgemeine Bestimmungen

## Errichtung von überschulischen Schülervertretungen

§ 1. Bei jedem Landesschulrat ist eine Landesschülervertretung, beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport eine Bundesschülervertretung und eine Zentrallehranstaltenschülervertretung zu errichten.

#### Aufgaben der überschulischen Schülervertretungen

- § 2. (1) Der Landesschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, die Vertretung der Interessen der Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der höheren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung, der Berufsschulen und der Polytechnischen Lehrgänge des betreffenden Landes, gegenüber dem Landesschulrat, sonstigen Behörden und dem Landtag. Davon unberührt bleiben die Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten, die Schülermitverwaltung (§ 58 des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl.Nr. 472/1986, in der jeweils geltenden Fassung) und die Zuständigkeit der Zentrallehranstaltenschülervertretung.
- (2) Der Bundesschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen und die in ihrer Bedeutung über den Bereich eines Landes hinausgehen, die Vertretung der Interessen der Schüler der im Abs. 1 genannten Schulen gegenüber dem Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport, sonstigen Behörden, dem Nationalrat und dem Bundesrat. Davon unberührt bleiben die Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten und die Schülermitverwaltung (§ 58 Schüg).
- (3) Der Zentrallehranstaltenschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, die Vertretung der Interessen der Schüler der Zentrallehranstalten (§ 3

- Abs. 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl.Nr. 240/1962, in der jeweils geltenden Fassung), der höheren land- und forstwirtschaft- lichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen des Bundes und der Forstfachschule, gegenüber Behörden, unbeschadet der Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten und der Schülermitverwaltung (§ 58 SchUG).
- (4) Darüberhinaus obliegt den Schülervertretungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich (Abs. 1 bis 3) die Beratung der Schüler in Angelegenheiten der Schülermitverwaltung (§ 58 SchUG).
- (5) Ausgenommen vom Aufgabenbereich der Schülervertretungen ist die Beratung von Angelegenheiten, die Belange der Schüler der Schulen für Berufstätige betreffen.

#### Erfüllung der Aufgaben

- § 3. Im Rahmen der ihnen gemäß § 2 übertragenen Aufgaben stehen den Schülervertretungen insbesondere zu:
  - 1. Beratung der Schulbehörden in grundsätzlichen Fragen des Unterrichts und der Erziehung;
  - 2. Erstattung von Vorschlägen zur Erlassung von Gesetzen und Verordnungen;
  - 3. Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen;
  - 4. Erstattung von Vorschlägen in Angelegenheiten von Schulbauten und deren Ausstattung;
  - 5. Beratung in Angelegenheiten der Schülerzeitungen;
  - 6. Beratung in Fragen der überregionalen Koordination von schulbezogenen Veranstaltungen und Schulveranstaltungen und in Fragen der Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung;
  - 7. Herausgabe von Rundschreiben und von Informationsblättern in schulischen Angelegenheiten;
  - 8. Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter;
  - 9. Vorbringen von Anliegen und Beschwerden.
- § 4. Die Schülervertretungen haben sich bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) von der Aufgabe der öster-reichischen Schule (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes, BGBl.Nr. 242/1962, in der jeweils geltenden Fassung) leiten zu lassen.

- § 5. (1) Die Schülervertretungen sind berechtigt, jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich (§ 2 Abs. 1 bis 3) die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) notwendigen Kontakte mit Schülern an den einzelnen Schulen in der unterrichtsfreien Zeit der besuchten Schüler zu pflegen.
  - (2) Der Landesschülervertretung ist auf Eingaben, Vorschläge, Anregungen und Beschwerden an den Landesschulrat von diesem innerhalb von vier Wochen schriftlich zu antworten.
  - (3) Die Landesschülervertretung ist vom Landesschulrat über Rechtsvorschriften und deren Änderungen insoweit sofort zu informieren, als diese zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) eine Voraussetzung bilden. Gleiches gilt für die Information über die Ergebnisse von Umfragen und Erhebungen, die vom Landesschulrat oder in dessen Auftrag durchgeführt wurden.
  - (4) Die Abs. 2 und 3 gelten auch für Tätigkeit der Bundesschülervertretung und der Zentrallehranstaltenschülervertretung mit der Maßgabe, daß zur Beantwortung und zur Information das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport verpflichtet ist.

#### 2. ABSCHNITT

## Mitgliedschaft zu einer Landesschülervertretung

#### Zusammensetzung einer Landesschülervertretung

- § 6. (1) Einer Landesschülervertretung gehören mindestens zwölf und höchstens dreißig Mitglieder an, und zwar jeweils die gleiche Zahl von Mitgliedern aus folgenden Bereichen
  - 1. Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen,
  - 2. Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der höheren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung und
  - 3. Bereich der Berufsschulen.
- (2) Die Zahl der Mitglieder ist unter Berücksichtigung der Zahl der Schulen in den in Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen durch Verordnung des Landesschulrates zu bestimmen.

## Bestellungsweise und Funktionsdauer

- § 7. (1) Die Mitglieder und die gleiche Anzahl an Ersatzmitgliedern einer Landesschülervertretung sind getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen an einem Schultag in der Zeit von Freitag der vorletzten Woche bis Donnerstag der letzten Woche des Unterrichtsjahres zu wählen.
- (2) Die Funktionsdauer der Mitglieder und der Ersatzmitglieder beträgt grundsätzlich ein Schuljahr. Sie beginnt mit dem ersten Tag des der Wahl folgenden Schuljahres.
- (3) Die Funktionsdauer eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes endet durch Zeitablauf, Rücktritt oder Beendigung des Schulbesuches (§ 33 Schug). Im letztgenannten Fall bei einem Schulwechsel
  nur, sofern das Mitglied den Schulartbereich (§ 6 Abs. 1 Z 1 bis 3)
  oder den schulbehördlichen Zuständigkeitsbereich wechselt. Das Antreten zur Reifeprüfung, Reife- und Befähigungsprüfung, Befähigungsoder Abschlußprüfung beendet nicht die Funktionsdauer.
- (4) Für Mitglieder und Ersatzmitglieder, deren Funktionsdauer während des Schuljahres endet, rücken die Gewählten des betreffenden Schulartbereiches nach der Reihenfolge ihrer Wahl (§ 16 Abs. 1) für die restliche Funktionsdauer auf. Vorübergehend verhinderte Mitglieder werden durch von ihnen bestimmte Mitglieder oder Ersatzmitglieder des betreffenden Schulartbereiches vertreten.

#### Wahlrecht

- § 8. (1) Wahlberechtigt sind alle Schulsprecher (§ 59 Schug) aus den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, und zwar jeweils für den Schulartbereich, dem sie als Schulsprecher angehören. Im Verhinderungsfall eines Schulsprechers ist sein Stell-vertreter wahlberechtigt, sofern der Verhinderte dies schriftlich bestätigt; ist der verhinderte Wahlberechtigte dazu nicht im Stande, hat der Schulleiter den Verhinderungsfall schriftlich zu bestätigen. Diese Bestätigungen sind vom Schulleiter zu beglaubigen.
  - (2) Wählbar sind für den betreffenden Schulartbereich
  - 1. die Schulsprecher und deren Stellvertreter,
  - 2. an ganzjährigen Berufsschulen die Schulsprecher und die Tagessprecher und
  - 3. die Mitglieder, die einer Landes-, Bundes- oder Zentrallehranstaltenschülervertretung am Tag der Wahlausschreibung (§ 9 Abs. 1) angehören.

# Wahlausschreibung; Verzeichnis der Wahlberechtigten und der Wählbaren

- § 9. (1) Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder ist von der Wahlkommission (§ 10 Abs. 1) unter Bekanntgabe des Wahl-tages, der Wahlzeit und des Wahlortes spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auszuschreiben und den Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) so rechtzeitig bekanntzugeben, daß ihnen die Verständigung spätestens drei Wochen vor der Wahl zugestellt werden kann.
- (2) Die Wahlkommission hat ein Verzeichnis der am Tag der Wahlausschreibung Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) und Wählbaren (§ 8 Abs. 2) anzufertigen. Das Wahlverzeichnis ist, gerechnet vom Tag der Wahlausschreibung an, durch mindestens zwei Wochen beim Landesschulrat zur Einsicht aufzulegen. Gleichzeitig ist es allen Schulen der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche zu übermitteln, die es gleichfalls durch den vorbezeichneten Zeitraum zur Einsicht aufzulegen haben.
- (3) Gegen die Richtigkeit und die Vollständigkeit des Wahlverzeichnisses kann jeder Wahlberechtigte (§ 8 Abs. 1 erster Satz) und jeder Wählbare (§ 8 Abs. 2) während des Auflagezeitraumes bei der Wahlkommission Einwendungen erheben. Hierüber hat die Wahlkommission innerhalb von drei Tagen zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Wahlkommission ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

#### Wahlkommission

- § 10. (1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist beim Landesschulrat eine Wahlkommission zu bilden.
- (2) Die Wahlkommission besteht aus drei Mitgliedern, die vom Präsidenten des Landesschulrates aus dem Kreis der Beamten des Landesschulrates zu bestellen sind. Sie hat bei ihrem ersten Zusammentreten aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden zu wählen. Der Landesschulsprecher sowie die drei Bereichsstellvertreter sind berechtigt, an den Sitzungen der Wahlkommission als Wahlzeugen ohne Stimmrecht teilzunehmen.
- (3) Für jedes Mitglied der Wahlkommission ist ein Ersatzmitglied vorzusehen, das im Fall der Verhinderung des betreffenden Mitgliedes an dessen Stelle zu treten hat. Die Ersatzmitglieder sind in gleicher Weise wie die Mitglieder zu berufen.

## Wählerversammlung und Durchführung der Wahl

- § 11. (1) Die Wahlberechtigten und die Wählbaren für die Wahl der Landesschülervertretung haben das Recht, am Wahltag zu einer Wählerversammlung zusammenzutreten, um die Kandidaten für die Wahl besser kennenzulernen. Der Landesschulrat hat hiefür geeignete Räume zur Verfügung zu stellen und die Teilnahmeberechtigten von Ort und Zeit der Wählerversammlung zu verständigen.
- (2) Die Wahl ist geheim. Das Wahlrecht ist persönlich durch Übergabe des in dem Wahlkuvert liegenden Stimmzettels an die Wahlkommission auszuüben. Der Landesschulrat kann durch Verordnung für bestimmte oder alle Schularten verfügen, daß die Stimmabgabe auch an der eigenen Schule und an einer anderen öffentlichen Berufsschule oder mittleren oder höheren Schule zulässig ist, wenn auf diese Weise eine Vereinfachung oder Beschleunigung des Wahlverfahrens oder eine Erleichterung der Stimmabgabe erreicht wird; in dieser Verordnung ist auch die Frist für die Stimmabgabe festzulegen, die nicht länger als eine Woche sein darf.

#### Stimmzettel, Wahlkuvert

- § 12. (1) Gleichzeitig mit der Wahlausschreibung hat die Wahlkommission den Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) einen Stimmzettel und ein Wahlkuvert zuzustellen.
- (2) Stimmzettel und Wahlkuverts müssen zumindest für die einzelnen im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche die gleiche Größe, Farbe und Beschaffenheit aufweisen.
- (3) Auf dem Stimmzettel sind durch Druck oder sonstige Vervielfältigungen untereinander so viele Zeilen zu setzen und an der
  linken Seite mit so vielen arabischen Ziffern forlaufend zu numerieren, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Auf der
  rechten Seite jeder Zeile sind die Wahlpunkte anzugeben. Die Wahlpunkte haben in umgekehrter arithmetischer Reihenfolge zu den links
  eingesetzten Ziffern zu stehen. Die Mitte jeder Zeile ist für die
  Ausfüllung durch den Wähler freizuhalten.

#### Ausfüllen und Wertung des Stimmzettels

§ 13. (1) Von den Wahlberechtigten sind auf dem Stimmzettel untereinander so viele Namen (Familien- und Vorname) zu verzeichnen,

als Mitglieder und Ersatzmitglieder aus einem der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche zu wählen sind. Hiebei hat ein getrenntes Verzeichnen nach Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zu unterbleiben. Enthält ein Stimmzettel mehr Namen, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind, so sind die über diese Zahl im Stimmzettel eingesetzten Namen unberücksichtigt zu lassen. Enthält er weniger Namen, so wird deshalb seine Gültigkeit nicht beeinträchtigt.

- (2) Der auf dem Stimmzettel an erster Stelle Gereinte erhält so viele Wahlpunkte, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Der an zweiter und weiterer Stelle Gereinte erhält jeweils um einen Wahlpunkt weniger.
- (3) Ist derselbe Name auf einem Stimmzettel mehrmals verzeichnet, so ist er bei der Zählung der Wahlpunkte nur an der Stelle mit der höchsten Zahl von Wahlpunkten zu berücksichtigen.
- (4) Stimmen, die auf einen nicht Wählbaren entfallen, sind ungültig.

## Ungültigkeit des Stimmzettels

- § 14. (1) Der Stimmzettel ist ungültig, wenn ein anderer als der von der Wahlkommission zugestellte Stimmzettel verwendet wurde oder wenn er durch Beschädigung derart beeinträchtigt wurde, daß nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem der Wähler seine Stimmen geben wollte.
- (2) Worte, Bemerkungen oder Zeichen, die auf den von der Wahlkommission zugestellten Stimmzetteln außer zur Bezeichnung eines Wählbaren angebracht werden, beeinträchtigen die Gültigkeit eines Stimmzettels nur, wenn dadurch nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem der Wähler seine Stimme geben wollte.

#### Zählen und Verzeichnen der Wahlpunkte

§ 15. (1) Die Wahlkommission hat die Abgabe des Stimmzettels im Wahlverzeichnis (§ 9 Abs. 2) zu vermerken. Wurde eine Wahlberechtigter (§ 8 Abs. 1 erster Satz) durch eine zur Vertretung bei der Wahlberechtigte Person vertreten (§ 8 Abs. 2 zweiter Satz), ist dies im Wahlverzeichnis zu vermerken.

(2) Nach Schluß der Wahl hat die Wahlkommission die auf die einzelnen Wählbaren entfallenen Wahlpunkte zu zählen und die Zahl der Wahlpunkt in der über den Wahlvorgang aufzunehmenden Niederschrift (§ 18 Abs. 1) ersichtlich zu machen.

#### Wertung der Wahlpunkte

- § 16. (1) Von den Wählbaren sind entsprechend der Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder die mit der höheren Zahl an Wahlpunkten als Mitglieder und die mit der niedrigeren Zahl an Wahlpunkten als Ersatzmitglieder einer Landesschülervertretung gewählt.
- (2) Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten mehr Wählbare als zu wählen sind, als Mitglieder oder Ersatzmitglieder in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission (§ 10 Abs. 2) zu ziehende Los darüber, wer als Mitglied und wer als Ersatzmitglied gewählt ist. Wenn gewählte Ersatzmitglieder die gleiche Zahl an Wahlpunkten erreicht haben, so entscheidet in gleicher Weise das Los über die Reihenfolge des Eintretens für jene Mitglieder, deren Funktionsdauer während des Schuljahres beendet worden ist (§ 7 Abs. 4).

## Landesschulsprecher, Bereichsstellvertreter

- § 17. (1) Jede Landesschülervertretung hat in ihrer ersten internen Sitzung einen Landesschulsprecher und getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, drei Bereichsstellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitz führt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend, so können nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahlen bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich (§ 6 Abs. 1 Z 1 bis 3) anwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig.
- (2) Den Vorsitz in der Landesschülervertretung führt der Landesschulsprecher, im Falle seiner Verhinderung ein von ihm bezeichneter Bereichsstellvertreter.

# Beurkundung des Wahlvorganges und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

- § 18. (1) Über den Wahlvorgang ist eine Niederschrift aufzunehmen, die alles Wesentliche zu enthalten hat, von den Mitgliedern der Wahlkommission zu unterfertigen und mit der Wahlausschreibung, dem Wahlverzeichnis und den abgegebenen Stimmzetteln unter Verschluß beim Landesschulrat aufzubewahren ist. Jeder Wahlberechtigte kann in diese Akten Einsicht nehmen.
- (2) Das Ergebnis der Wahl ist den gewählten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern sowie dem Präsidenten des Landesschulrates bekanntzugeben. Dieser hat das Wahlergebnis durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen und den betroffenen Schulen zur Kundmachung zu übermitteln.

#### Anfechtung der Wahl

- § 19. (1) Die Wahl zu einer Landesschülervertretung kann von jedem Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen ab der Kundmachung der Wahl durch den Präsidenten des Landesschulrates beim Landesschulrat angefochten werden. Die Anfechtung ist jedoch unzulässig, wenn sie sich auf Gründe stützt, die bereits durch Einwendungen gemäß § 9 Abs. 3 hätten geltend gemacht werden können oder erfolglos geltend gemacht worden sind.
- (2) Über die Anfechtung entscheidet der Landesschulrat. Gegen die Entscheidung ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.
- (3) Auf Grund der Anfechtung ist die Wahl so weit für ungültig zu erklären, als Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt worden sind und durch diese Rechtswidrigkeit das Wahlergebnisse beeinflußt werden konnte.

#### Rücktritt des Landesschulsprechers, der Bereichsstellvertreter

- § 20. (1) Der Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) kann im Rahmen einer internen Sitzung (§ 31) von seiner Funktion zurücktreten. In diesem Fall ist in derselben Sitzung die Neuwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) durchzuführen. § 17 Abs. 1 ist anzuwenden.
- (2) Gemäß Abs. 1 zurückgetretene Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Landesschülervertretung.

## Abwahl des Landesschulsprechers, der Bereichsstellvertreter

- § 21. (1) Zur Abwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Landesschülervertretung binnen zwei Wochen ab der Antragstellung eine interne Sitzung einzuberufen (§ 31 Abs. 2). Diese interne Sitzung hat
  binnen weiterer zwei Wochen stattzufinden. Unterbleibt die Einberufung der Sitzung, hat der Präsident des Landesschulrats eine interne
  Sitzung zur Abwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) einzuberufen, welche innerhalb weiterer zwei Wochen stattzufinden hat.
- (2) Für die Abwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Landesschülervertretung und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (3) Im Anschluß an die erfolgte Abwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist eine Neuwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) durchzuführen. § 17 Abs. 1 ist anzuwenden.
- (4) Abgewählte Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Landesschülervertretung.

#### 3. ABSCHNITT

#### Mitgliedschaft zur Bundesschülervertretung

#### Zusammensetzung der Bundesschülervertretung

- § 22. (1) Der Bundeschülervertretung gehören dreißig Mitglieder an und zwar
  - 1. die Landesschulsprecher aus allen Bundesländern sowie jene Bereichsstellvertreter, die nicht dem Schulartbereich des jeweiligen Landesschulsprechers angehören;
  - 2. drei Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten (je ein Mitglied aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes, aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des Bundesinstituts für Heimerziehung in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulen).

- (2) Als Mitglieder gemäß Abs. 1 Z 2 sind von der Zentrallehranstaltenschülervertretung, getrennt nach den im § 26 genannten Schulbereichen, die drei Mitglieder mit der jeweils höchsten Zahl an Wahlpunkten, als Ersatzmitglieder die drei Mitglieder mit der jeweils zweithöchsten Zahl an Wahlpunkten zu entsenden. Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten zwei Mitglieder der Zentrallehranstaltenschülervertretung als Mitglied oder Ersatzmitglied in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission zu ziehende Los darüber, wer in die Bundesschülervertretung als Mitglied und wer als Ersatzmitglied zu entsenden ist.
- (3) Im Falle des Rücktritts eines Mitgliedes der Bundesschülervertretung ist der neu gewählte Landesschulsprecher bzw. Bereichsstellvertreter Mitglied der Bundesschülervertretung.
- (4) Im Falle der vorübergehenden Verhinderung eines Mitgliedes der Bundesschülervertretung werden
  - 1. Mitglieder aus der Zentrallehranstaltenschülervertretung durch ihre Ersatzmitglieder und
  - 2. alle anderen Mitglieder der Bundesschülervertretung durch jenes Mitglied der Landesschülervertretung, welches die höchste Punktezahl aufweist,

vertreten.

#### Bundesschulsprecher, Stellvertreter

\$ 23. Die Bundesschülervertretung hat zu Beginn der ersten internen Sitzung (§ 31) aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden (Bundesschulsprecher) und getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z ¶ bis 3 genannten Schulartbereichen, drei Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitz führt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend, so können nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahlen bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich anwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig. Bis zum Abschluß der Wahlen hat der Wahlvorsitzende auch den Sitzungsvorsitz.

## Rücktritt des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter

- § 24. (1) Der Bundesschulsprecher (Stellvertreter) kann im Rahmen einer internen Sitzung (§ 31) von seiner Funktion zurücktreten. In diesem Fall ist in derselben Sitzung die Neuwahl eines Bundesschulsprechers (Stellvertreters) durchzuführen. § 23 ist anzuwenden.
- (2) Gemäß Abs. 1 zurückgetretene Bundesschulsprecher (Stellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Bundesschülervertretung.

## Abwahl des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter

- § 25. (1) Zur Abwahl des Bundesschulsprechers (Stellvertreters) ist auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Bundesschülervertretung binnen zwei Wochen ab der Antragstellung eine interne Sitzung einzuberufen (§ 31 Abs. 2). Diese interne Sitzung hat binnen weiterer zwei Wochen stattzufinden. Unterbleibt die Einberufung dieser Sitzung, hat der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Bundesschülervertretung eine interne Sitzung zur Abwahl des Bundesschulsprechers (Stellvertreters) einzuberufen, welche innerhalb weiterer zwei Wochen stattzufinden hat.
- (2) Für die Abwahl des Bundesschulsprechers ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Bundesschülervertretung und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (3) Abgewählte Bundesschulsprecher (Stellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Bundesschülervertretung.

#### 4. ABSCHNITT

## Mitgliedschaft zur Zentrallehranstaltenschülervertretung Zusammensetzung der Zentrallehranstaltenschülervertretung

§ 26. Der Zentrallehranstaltenschülervertretung gehören sechs Mitglieder an, und zwar zwei Mitglieder aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes, aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des Bundesinstitutes für Heimerziehung in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirt-

schaftlichen Schulen (der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen und der Forstfachschulen).

#### Funktionsdauer

§ 27. Die Funktionsdauer eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes endet durch Zeitablauf, Rücktritt und durch Beendigung des Schulbesuches (§ 33 SchUG). Im letztgenannten Fall durch einen Schulwechsel nur, sofern das Mitglied den bisherigen Schulartbereich (§ 26) verläßt oder den schulbehördlichen Zuständigkeitsbereich wechselt. Das Antreten zur Reifeprüfung, Reife- und Befähigungsprüfung, Befähigungs- oder Abschlußprüfung beendet nicht die Funktionsdauer.

#### Anwendung von Bestimmungen des 2. Abschitts

- § 28. (1) § 7 Abs. 1, 2 und 4 und die §§ 8 bis 16 sowie 18 bis 21 sind mit folgenden Abweichungen anzuwenden:
  - In den §§ 7 Abs. 1, 11 Abs. 1, 16 Abs. 1, 19 Abs. 1, 20
     Abs. 2 und § 21 tritt an die Stelle der Landesschülervertretung die Zentrallehranstaltenschülervertretung;
  - 2. In den §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1, 9 Abs. 2, 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 1 treten an die Stelle der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche die im § 26 genannten Schulartbereiche;
  - 3. In den §§ 9 Abs. 2, 10 Abs. 1 und Abs. 2, 11 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 tritt an die Stelle des Landesschulrates das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport;
  - 4. In den §§ 10 Abs. 2, 18 Abs. 2, 19 Abs. 1 und § 21 Abs. 1 tritt an die Stelle des Präsidenten des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht. Kunst und Sport;
  - 5. Im § 10 Abs. 2 und den §§ 20 und 21 tritt an die Stelle des Landesschulsprechers und der Bereichsstellvertreter der Zentrallehranstaltensprecher und dessen Stellvertreter;
  - 6. Im § 19 Abs. 1 und Abs. 2 tritt an die Stelle des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport.
- (2) § 11 Abs. 2 ist überdies mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der persönlichen Stimmabgabe die Stimmabgabe auf dem Wege durch die Post tritt und der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport alle erforderlichen Vorkehrungen für die Wahrung des Wahl-

geheimnisses zu treffen hat. Der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport hat überdies durch Verordnung eine Frist für die Stimmabgabe festzulegen. Verordnungen zur Festlegung der Frist für die Stimmabgabe sind durch Anschlag an den betreffenden Schulen kundzumachen und treten, soweit darin nicht anderes bestimmt ist, mit Ablauf des Tages des Anschlages in der Schule in Kraft. Die Wahlberechtigten sind in geeigneter Weise auf diese Kundmachungen hinzuweisen.

(3) Auf die Durchführung von Neuwahlen des Zentrallehranstaltensprechers (Stellvertreters) ist § 29 anzuwenden.

## Zentrallehranstaltensprecher, Stellvertreter

§ 29. Die Zentrallehranstaltenschülervertretung hat zu Beginn der ersten internen Sitzung aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden (Zentrallehranstaltensprecher) und dessen Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitzführt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten zu Sitzungsbeginn anwesend, so kann nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahl bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich (§ 26) anwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig.

#### 5. ABSCHNITT

#### Verfahren der Schülerbeiräte

#### Beratungen

- § 30. (1) Die Schülervertretungen haben die ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) in internen Sitzungen und in gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Schulbehörden zu beraten.
- (2) Die Schülervertretungen können durch Beschluß (§ 34) im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben die Erledigung einzelner Angelegenheiten, die nur jeweils eine Schulart betreffen, spezifischen Bereichsausschüssen übertragen. Über die Tätigkeit dieser Ausschüsse ist in den internen Sitzungen der jeweiligen Schülervertretung zu berichten.

(3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

#### Einberufung von Sitzungen

- § 31. (1) Die erste interne Sitzung der Bundesschülervertretung und die erste interne Sitzung der Zentrallehranstaltenschülervertretung ist vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport bis zum 15. Oktober des jeweiligen Schuljahres einzuberufen.
- (2) Interne Sitzungen einer Schülervertretung sind von ihrem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von dessen Stellvertreter nach Bedarf unter Bekanntgabe des Tagungsortes, des Tagungszeitpunktes und der Tagesordnung einzuberufen. Eine Sitzung, mit Ausnahme der ersten internen Sitzung, ist innerhalb von zwei Wochen einzuberufen, wenn dies schriftlich unter Bekanntgabe des Beratungsgegenstandes wenigstens von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.
- (3) Höchstens vier gemeinsame Sitzungen einer Landesschülervertretung mit Vertretern des Landesschulrates sind vom Präsidenten des Landesschulrates, höchstens vier gemeinsame Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und höchstens vier gemeinsame Sitzungen der Bundesschülervertretung mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport sind vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport einzuberufen. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind mit der Einberufung bekanntzugeben.

## Leitung der Sitzungen

- § 32. (1) Die internen Sitzungen einer Schülervertretung werden von ihrem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von dessen Stell-vertreter, geleitet.
- (2) Die gemeinsamen Sitzungen einer Landesschülervertretung werden vom Präsidenten des Landesschulrates oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Landesschulrates, die gemeinsamen Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung und der Bundesschülervertretung vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport geleitet.

#### Niederschrift

§ 33. Über jede interne und jede gemeinsame Sitzung und über Sitzungen der Bereichsausschüsse ist ein Protokoll anzufertigen, das den Gang und das Ergebnis der Beratungen festzuhalten hat. Der Schriftführer ist vor Beginn jeder Sitzung vom Vorsitzenden zu bestimmen.

#### Beschlußfassung

- § 34. (1) Eine Schülervertretung ist im Rahmen ihrer internen Sitzungen beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Für einen Beschluß ist die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Nach dem Verstreichen einer Stunde ab Sitzungsbeginn genügt für das Zustandekommen eines Beschlusses die Anwesenheit eines Drittels der Mitglieder, wenn mindestens je ein Mitglied aus jedem Schulartbereich anwesend ist sowie die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (2) Auf die Beschlußfassung in Bereichsausschüssen ist Abs. 1 erster und zweiter Satz anzuwenden.

#### Einladung von Sachverständigen und Beobachtern

- § 35. (1) Zu den einzelnen internen und gemeinsamen Sitzungen einer Schülervertretung sowie zu den Bereichsausschüssen können Sachverständige, die einer Schülervertretung als Mitglied nicht angehören, eingeladen werden, wenn dies im Hinblick auf den Beratungsgegenstand zweckmäßig ist, die Finanzierung sichergestellt ist und die Kosten dem Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen. Über die Einladung von Sachverständigen entscheidet der jeweilige Vorsitzende.
- (2) Soll ein Vertreter von Jugendorganisationen als Sachverständiger eingeladen werden, so hat die die betreffende Schülervertretung bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit zu beschließen.
- (3) Zu gemeinsamen Sitzungen einer Landesschülervertretung kann der Präsident des Landesschulrates zwei Vertreter der Fachausschüsse beim Landesschulrat, zwei Vertreter von repräsentativen Jugend-organisationen und zwei Vertreter von repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter einladen.

(4) Zu gemeinsamen Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung und der Bundesschülervertretung kann der Bundesminister
für Unterricht, Kunst und Sport zwei Vertreter der Zentralausschüsse
beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, zwei Vertreter von repräsentativen Jugendorganisationen und zwei Vertreter von
repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter
einladen.

#### Ehrenamt

- § 36. (1) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülervertretungen sowie die allenfalls beigezogenen Sachverständigen und Beobachter üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (2) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülervertretungen haben Anspruch auf Reisegebühren im Sinne der Reisegebühren-vorschrift 1955, BGBl.Nr. 133, in der jeweils geltenden Fassung, gemäß der Gebührenstufe 1. Die Nächtigungsgebühr entfällt bei amtlicher Beistellung unentgeltlicher Unterkunft.

#### Geschäftsordnung

§ 37. Jede Schülervertretung hat unter Anwendung des § 34 Abs. 1 eine Geschäftsordnung zu beschließen, die die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung der Schülervertretung und der Bereichsausschüsse zu enthalten hat.

#### Personal- und Sachaufwand

§ 38. Für die Sacherfordernisse der Schülervertretungen und für die Besorgung ihrer Kanzleigeschäfte ist im Rahmen der Landesschulräte bzw. des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport
Vorsorge zu treffen. Die Kosten hat der Bund zu tragen.

#### Inkrafttreten und Vollziehung

§ 39. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. September 1990 in Kraft. Für die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder einer Landesschülervertretung für das Schuljahr 1990/91 sind bereits die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes anzuwenden.

- (2) Verordnungen aufgrund dieses Bundesgesetzes können bereits von dem seiner Kundmachung folgenden Tag an erlassen werden. Sie treten frühestens mit dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt in Kraft.
- (3) Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes tritt das Bundesgesetz BGBl.Nr. 56/1981 außer Kraft.
- (4) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betraut.

#### VORBLATT

#### Probleme:

Das Bundesgesetz über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung aus dem Jahre 1981 hat sich in seiner grundsätzlichen Konzeption bewährt. Es besteht jedoch Übereinstimmung dahingehend, daß

- die Tätigkeit der Schülerbeiräte auch Züge einer Interessenvertretung in sich birgt, die gestärkt werden sollen;
- die Mehrfachbelastung von Spitzenfunktionären der Schülervertreter (Landesschulsprecher, Bundesschulsprecher und deren Stellvertreter) abgebaut werden sollen;
- Verbesserungen im formalen Bereich erforderlich sind.

## Lösung:

Eine Lösung der aufgezeigten Probleme soll einerseits die Beiratsfunktion der Schülervertretungen beibehalten, andererseits eine Ausrichtung ihrer Tätigkeit nach den spezifischen Interessensituationen der Schüler ermöglichen und dadurch verstärkt Funktionen einer Interessenvertretung übernehmen können.

#### Inhalt:

- 1. Unter grundsätzlicher Beibehaltung der bewährten Struktur der Schülerbeiräte werden diese als Schülervertretungen konzipiert und ihre Aufgabenbereiche zusätzlich interessenbezogen ausgerichtet.
- 2. Die Einführung von möglichen Funktionstrennungen für Spitzenfunktionäre (Bundesschulsprecher, Landesschulsprecher).
- Flexibilisierung der Schülervertretungen durch die Möglichkeit der Einsetzung von Bereichsausschüssen mit spezifisch schulartbezogenen Aufgaben.
- 4. Änderungen im formalen Bereich (Möglichkeit der Abwahl und Neuwahl von Spitzenfunktionären der Schülervertretungen).

#### Kosten:

Keine.

### I. Allgemeiner Teil:

Das Bundesgesetz über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung fixierte in den Grundzügen einen in das Jahr 1971 zurückreichenden Rechtszustand. In diesem Jahr wurden beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst ein Bundes-Schülerbeirat und in den
folgenden Jahren bei den einzelnen Landesschulräten Landes-Schülerbeiräte eingerichtet. Diese Schülervertretungen dienten und dienen
noch heute vornehmlich der Beratung der Schulbehörden, verstehen
sich aber darüberhinaus als Element einer überschulischen Schülervertretung auf Landes- bzw. Bundesebene und tragen schon derzeit
Züge einer Interessenvertretung der Schüler.

Schon vor Schaffung des Schülervertretungsgesetzes hat es intensive Diskussionen über die Funktion der einzurichtenden Schülervertretungen gegeben. Damals (insbesondere in einer Sitzung der Schulreform-kommission vom 1. Dezember 1978) ist man übereingekommen, den Schülerbeiräten primär eine Beratungsfunktion zuzumessen.

Im Jahre 1986 wurden auf Initiative Bundes-Schülerbeirates im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport Gesprächsrunden über eine Novellierung des Schülervertretungsgesetzes aufgenommen. Primäre Zielrichtung der Schülervertreter damals war die gesetzliche Verankerung einer überschulischen Schülervertretung in Form einer Interessenvertretung der Schülerschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Da über diese wesentliche Frage keine Einigung erzielt werden konnte, wurden die Gespräche im Rahmen einer im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport eingerichteten Arbeitsgruppe zum Schülervertretungsgesetz im Jahre 1987 wiederaufgenommen. In dieser Arbeitsgruppe konnten zwar einzelne, wesentliche Ergebnisse erzielt werden, für die Novellierung des Schülervertretungsgesetzes konnte allerdings mit den Schülervertretern kein Grundkonsens gefunden werden. Aus diesem Grund wurden im Jahr 1988 neuerlich Gespräche mit Vertretern des Bundes-Schülerbeirates und des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates aufgenommen. Der nunmehr vorgelegte Entwurf ist ein Ergebnis dieser Beratungen.

### Der vorliegende Entwurf ist von folgenden Überlegungen getragen:

#### 1. Zur Frage einer Interessenvertretung der Schüler:

Die Konstruktion der Schülervertretungen als Beiräte soll beibehalten werden. Aufgabe der Schülervertretungen wird auch in Zukunft die Beratung der Schulbehörden in schulischen Fragen sein. Zudem soll aber eine Vertretung der Interessen der Schüler in Fragen, die die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, möglich werden.

Schon bei der Beschlußfassung des Schülervertretungsgesetzes im Jahre 1981 stellte der Unterrichtsausschuß zu dieser Frage ausdrücklich fest (602 Blg. NR XV. GP: "Die vom Gesetz den Schülerbeiräten übertragenen Aufgaben sind die Beratung von Schulbehörden ... und die Beratung der Schüler ... Dazu stellt der Ausschuß fest, daß es den Schülerbeiräten - unbeschadet dieser klar umschriebenen Aufgabenzuweisung - unbenommen bleibt, Kontakte mit Einrichtungen aufzunehmen, die sich gleichfalls mit Fragen des Schulwesens befassen, wie etwa Eltern- und Familienorganisationen und mit Lehrerorganisationen." Schon derzeit nehmen Schülervertreter verschiedenste Vertretungs- und Beratungsaufgaben im Bereich von Kommissionen anderer Bundesministerien wahr. Es ist auch nicht unüblich, einschlägige Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen dem Bundesschülerbeirat zur begutachtenden Stellungnahme zu übermitteln. Ähnliches gilt für den Bereich der Länder und die Landesschülerbeiräte.

Im Zusammenhang mit der Stärkung der Interessenvertretung der Schüler wird vorgeschlagen, die Schülerbeiräte neu zu benennen: Damit wird die im Titel des Gesetzes zum Ausdruck kommende Grundkonzeption der Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung nunmehr fortgeführt und findet in der Bezeichnung als Schülervertretungen, Landesschülervertretungen, Zentrallehranstaltung und Bundesschülervertretung ihren Niederschlag (zum Aufgabenbereich der Schülervertretungen siehe den besonderen Teil der Erläuterungen). In diesem Zusammenhang wird auch der Titel des Bundesgesetzes geändert - er soll lauten: Bundesgesetz über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungengesetz-SchVG).

## 2. Entlastung von multifunktionalen Spitzenfunktionären der Schülervertreter durch Funktionstrennungen:

Durch die Verflechtung der Landesschülervertretungen mit der Bundesschülervertretung ergibt sich zwangsläufig für alle Schülervertreter dieser Gremien die Innehabung mehrerer Funktionen. Um Mitglied der Bundesschülervertretung zu sein, vereinigt ein Schüler folgende Funktionen auf sich:

- er ist Schulsprecher an der Schule, die er besucht; (innerschulische Schülervertretung) und
- er ist Landesschulsprecher für den Schulartbereich, den er besucht, (überschulische Schülervertretung);
- und daher auch Mitglied der jeweiligen Landesschülervertretung.

Schon dieses Beispiel zeigt die Mehrfachbelastung. Diese wird durch die Anreicherung der Funktion eines Bundesschulsprechers (oder eines seiner drei Stellvertreter) noch weiter verstärkt. Nicht zuletzt we-

gen einer größeren Anzahl von Sitzungen und Besprechungen und der für die Tätigkeit eines Schülervertreters unbedingt erforderlichen Kontaktnahme mit anderen Schülervertretern und Schülern entsteht dadurch gerade für die Mitglieder der Bundesschülervertretung eine nicht unbeträchtliche zeitliche Belastung.

Diesen Überlegungen steht das seinerzeitige Konzept gegenüber, das folgende Ziele hatte:

- 1. durch die sich aus dem Wahlergebnis unmittelbar ergebenden führenden Stellungen beim Landesschülerbeirat und der Mitgliedschaft
  beim Bundesschülerbeirat entstand eine Verringerung des Administrativaufwandes bei den Beiräten durch Vermeidung zusätzlicher
  Wahlvorgänge;
- 2. dadurch wurde auch ein rascheres Eintreten in die Arbeiten ermöglicht, was bei der kurzen Funktionsperiode besonders wichtig erschien.

Eine Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile der Zielsetzungen im Lichte der Erfahrungen ergibt, daß in gewissem Ausmaß Funktionstrennungen für Spitzenfunktionäre möglich sein sollten (siehe dazu näheres im besonderen Teil der Erläuterungen).

#### 3. Organisatorisches:

Probleme haben sich in der Praxis im Zusammenhang mit der ersten internen Sitzung insbesondere des Bundes-Schülerbeirates ergeben. Der Einberufungsmodus erschien als zu schwerfällig (Einberufung durch den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport auf Antrag von mindestens 2 Mitgliedern des Bundes-Schülerbeirates). In diesem Bereich soll eine Vereinfachung Platz greifen.

Gegen Ende eines Schuljahres konnten manche Schülerbeiräte mangels ausreichender Zahl von anwesenden Schülervertretern, die Erfordernisse für eine Beschlußfassung nicht mehr erreichen. Um für die Dauer eines ganzen Schuljahres die Beschlußfähigkeit einer Schülervertretung zu gewährleisten, sollen die Regelungen über die Beschlußfähigkeit gelockert werden. Dies führt zu einer gewissen Senkung der Präsenzquoren.

#### 4. Mehr Flexibilität:

Schülerbeiräte können derzeit nur im Rahmen ihrer internen Sitzungen gültige Beschlüsse (Beratungsergebnisse) fassen. Die Zahl der internen Sitzungen ist allerdings auf 4 Sitzungen pro Schuljahr be-

schränkt. Diese strikte Regelung hat zur Folge, daß die Schülerbeiräte im Regelfall nicht in der Lage waren, zu aktuellen Anlässen
auch aufgrund eines rechtsgültigen Beschlusses des Gesamtgremiums
Stellung beziehen zu können. Diesem mit der Tätigkeit einer Interessenvertretung nicht zu vereinbarenden Umstand soll so begegnet werden:

- Aufhebung der zahlenmäßigen Beschränkung für die internen Sitzungen;
- Einrichtung von Bereichsausschüssen, für die Erledigung von einzelnen Angelegenheiten, die nur jeweils eine Schulart betreffen. Die Bereichsausschüsse sollen in diesen spezifischen Aufgabengebieten Beschlußfähigkeit erhalten.

## 5. Legistische Feststellungen:

Die dargestellten Novellierungsbereiche berühren beinahe alle Bestimmungen des derzeitigen Bundesgesetzes über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung. Gründe der Rechtsklarheit und der Transparenz geben einer Darstellung der neuen Regelungen im Gesamtzusammenhang mit bewährten und beibehaltenen Bestimmungen den Vorrang vor der Einzelnovellierung. Der vorgelegte Entwurf umfaßt daher das gesamte Gesetz. Der besondere Teil der Erläuterungen erstreckt sich nur auf die Abweichungen vom derzeit geltenden Gesetz.

Ein mit dem Entwurf entsprechendes Bundesgesetz hätte sein Kompetenzgrundlage hinsichtlich der dem Art. 14 B-VG unterliegenden Schulen im Art. 14 B-VG, hinsichtlich der im  $\S$  2 Abs. 3 genannten landund forstwirtschaftlichen Schulen im Art. 14a Abs. 2 lit.a, b und c B-VG.

Die §§ 10 Abs. 2, 18 Abs. 2, 30, 31 Abs. 3 und 32 Abs. 2 unterliegen als "Angelegenheiten der Schulbehörden des Bundes in den Ländern" den besonderen Beschlußerfordernissen des Art. 14 Abs. 10 B-VG.

#### II. Besonderer Teil:

#### Zu § 1 (Errichtung von überschulischen Schülervertretungen):

Wie bereits im allgemeinen Teil der Erläuterungen ausgeführt, ist dieser Gesetzentwurf von der Überlegung getragen, den Tätigkeits-bereich der Schülerbeiräte auch ausdrücklich auf die Interessenvertretung in Fragen, die die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, zu erstrecken. Als äußeres Zeichen für die Erweiterung des Aufgabenbereiches werden terminologische Änderungen vorgeschlagen: Es soll von überschulischen Schülervertretungen, Landesschülervertretungen, der Zentrallehranstaltenschülervertretung und der Bundesschülervertretung die Rede sein. Die diesbezüglichen terminologischen Umstellungen wurden in den Überschriften der einzelnen Abschnitte, Paragraphenüberschriften und in den jeweiligen Einzelbestimmungen vorgenommen.

Im § 1 wurde überdies die Bezeichnung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1983 in der geltenden Fassung auf "Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport" abgeändert. Ebenso wurde die Bezeichnung des Bundesministers an den entsprechenden Stellen geändert.

#### Zu § 2 (Aufgaben der überschulischen Schülervertretungen):

Der § 2, die Bestimmung über die Aufgaben der Schülervertretungen, wurde im Entwurf neu gefaßt. Schon bisher zählte zu den Aufgaben der Schüleiräte die "Vertretung der Interessen der Schüler". Jedoch war diese Interessenvertretung zielgerichtet – sie hatte entsprechend dem strikten Wortlaut des Gesetzes im Rahmen der Beratung der Schulbehörden zu erfolgen. § 2 in der Fassung des Entwurfes überträgt den Schülervertretungen (Landesschülervertretungen, Bundesschülervertretung, Zentrallehranstaltenschülervertretung) in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, die Vertretung der Interessen der Schüler allgemein. Der Kreis der zu vertretenden Schüler richtet sich nach dem territorialen bzw. schulartbezogenen Wirkungsbereich der einzelnen Schülervertretungen.

Die Interessenvertretung durch Schülervertretungen wird nicht die Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten und die Schülermitverwaltung (innerschulische Schülervertretung) berühren. Wie bisher ausgenommen vom Aufgabenbereich der Schülervertretungen bleiben die Schulen für Berufstätige.

## Zu § 3 (Erfüllung der Aufgaben):

Der Aufgabenkatalog der Schülervertretungen soll bis auf eine terminologische Änderung und die Ausweitung der Z 6 auf die schulbezogenen Veranstaltungen unverändert bleiben. Nachdem § 3 die konkreten Aufgaben der Schülervertretungen nicht taxativ, sondern nur demonstrativ (d.h. nicht abschließend) aufzählt, und die Z 9 in ihrer Formulierung ("Vorbringen von Anliegen und Beschwerden") sehr weit gefaßt ist, erübrigt sich eine detaillierte Aufzählung von Aufgabenbereichen.

Es wird überdies angemerkt, daß aufgrund der vorgeschlagenen Änderung des § 2 für die Schülervertretungen die Möglichkeit besteht, ihre Interessenvertretung gegenüber gesetzgebenden Körperschaften und auch anderen Behörden als den Schulbehörden auszuüben. Es wird daher in Zukunft ausdrücklich möglich sein, daß die Bundesschülervertretung Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen anderer Ministerien abgibt, wenn sie dazu eingeladen wird. Desgleichen wird es den Landesschülervertretungen möglich sein, zu Entwürfen von Landesgesetzen Stellung zu nehmen. Überdies wurden schon bisher in Fragen der Verkehrserziehung und der Schulwegsicherung Schülervertreter dem Kuratorium für Verkehrssicherheit beigezogen. Vergleichbare Tätigkeiten der Schülervertretungen sind nunmehr gesetzlich abgesichert.

## Zu § 4:

Zu der terminologischen Änderungen siehe die Erläuterungen zu § 1. Im übrigen ist § 4 unverändert.

#### Zu § 5:

Zu den terminologischen Änderungen siehe die Erläuterungen zu § 1. Im Abs. 3 wurde insoweit eine Änderung vorgenommen, als nunmehr die Landesschulräte (und auf Grund des Abs. 4, der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport) verpflichtet werden sollen, die Landesschülervertretung (Bundesschülervertretung, Zentrallehranstaltenschülervertretung) über Rechtsvorschriften und deren Änderungen insoweit zu informieren, als diese zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) eine Voraussetzung bilden. Der bisherige Wortlaut war "eine wesentliche Voraussetzung bilden" – es wurde daher die Informationsverpflichtung der Landesschulräte und des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport erweitert.

## Zu § 6 (Zusammensetzung einer Landesschülervertretung):

§ 6 ist inhaltlich unverändert. Es wurde lediglich berücksichtigt, daß die hier in Betracht kommenden Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung nunmehr höhere Schulen sind (Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Erzieher).

## Zu § 7 (Bestellungsweise und Funktionsdauer):

§ 7 (die Bestimmung über die Bestellungsweise und Funktionsdauer der Mitglieder einer Schülervertretung) wurde in den Beratungen zwischen den Schülervertretern und dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport immer wieder in Diskussion gezogen, wobei zu bemerken gilt, daß eine Änderung des Wahlzeitpunktes vor Ende des Unterrichtsjahres und der prinzipiellen Funktionsdauer von einem Jahr nicht gewünscht wurde.

Es werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

- Durch die 5. Novelle zum Schulunterrichtsgesetz, BGBl.Nr. 229/1988, wurde die Möglichkeit eröffnet, die Beurteilungskonferenz nicht nur zu Beginn der zweiten Woche vor Ende des Unterrichtsjahres durchzuführen, sondern während der gesamten vorletzten Woche, worauf in Abs. 1 Bedacht zu nehmen war.
- Klarstellung im § 7 Abs. 3, daß durch einen Schulwechsel die Mitgliedschaft in einer Landesschülervertretung dann nicht verlorengeht, wenn das betreffende Mitglied weiterhin eine Schule innerhalb des betreffenden Bundeslandes besucht, die dem selben Schulartbereich wie bisher (z.B. AHS) angehört.
- Die Möglichkeit der Abwahl eines Landesschulsprechers und seiner Bereichsstellvertreter als Grund für die Beendigung der Funktionsdauer ohne Verlust der Mitgliedschaft zur Landesschülervertretung ist aus systematischen Gründen im § 21 geregelt.
- Der Terminus "schulbehördlicher Zuständigkeitsbereich" nimmt auf den Ausnahmefall des Wechsels von einer einem Landesschulrat unterstehenden Schule in eine Zentrallehranstalt im selben Bundesland Bedacht, was ebenfalls ein Ausscheiden aus der Landesschülervertretung bedingt (analoges gilt im umgekehrten Fall).

## Zu § 8 (Wahlrecht):

Die Wahl der Mitglieder der Schülervertretungen erfolgt zu Ende des Unterrichtsjahres mit Wirkung für das kommende Unterrichtsjahr (§ 7). Die Praxis hat gezeigt, daß die Wahlbeteiligung relativ gering ist. Dies ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen,

\_ 8 \_

daß manche Wahlberechtigte am Tag der Ausübung ihres Wahlrechtes verhindert sind. Es soll daher in Hinkunft im Verhinderungsfall eines Schulsprechers auch sein Stellvertreter wahlberechtigt sein, sofern der Verhinderte selbst dies schriftlich bestätigt. Diese Bestätigung ist vom Schulleiter zu beglaubigen. Ist der Verhinderte zur Ausstellung einer Bestätigung nicht imstande (z.B. weil er einen Unfall hatte), ist der Schulleiter verpflichtet, den Verhinderungsfall schriftlich zu bestätigen. In beiden Fällen bedeutet die schriftliche Bestätigung samt Beglaubigung den Übergang des Wahlrechtes auf den jeweiligen Schulsprecher-Stellvertreter. Bei der Abgabe der Stimme wird auch ein entsprechender Vermerk im Wahlverzeichnis vorzunehmen sein.

Darüberhinaus sollen in Zukunft Mitglieder einer Landesschülervertretung, der Bundesschülervertretung oder der Zentrallehranstaltenschülervertretung auch für eine neue Funktionsperiode wählbar sein, ohne daß sie Schulsprecher sind (§ 8 Abs. 2 Z 3 des Entwurfes).

# Zu § 9 (Wahlauschreibung; Verzeichnis der Wahlberechtigten und der Wählbaren):

§ 9 ist in seiner Grundkonzeption unverändert. Im Hinblick auf die Wahlberechtigung des Schulsprecher-Stellvertreters im Verhinderungsfall des Schulsprechers und des Nachweises seiner Wahlberechtigung erst am Tag der Wahl vor der Wahlkommission kann die Ausschreibung der Wahl lediglich dem ursprünglich Wahlberechtigten, nämlich dem Schulsprecher bekanntgegeben werden. Dies sieht der Entwurf zu § 9 Abs. 1 vor.

In das Wahlverzeichnis ist ebenfalls der primär Wahlberechtigte (der Schulsprecher) aufzunehmen. Auch gegen die Richtigkeit und die Vollständigkeit des Wahlverzeichnisses soll lediglich der ursprünglich Wahlberechtigte (und jeder Wählbare wie bisher) während des Auflagezeitraumes bei der Wahlkommission Einwendungen erheben können.

## Zu § 10 (Wahlkommission):

§ 10 ist inhaltlich im wesentlichen unverändert. Nur Abs. 2 nimmt auf den Novellierungsvorschlag zu § 17 Bedacht, wonach in Hinkunft pro Bundesland nur mehr ein Landesschulsprecher und drei Bereichsstellvertreter vorgesehen sein sollen (die näheren Ausführungen wären den Erläuterungen zu § 17 zu entnehmen).

#### Zu § 11 (Wählerversammlung und Durchführung der Wahl):

Der bisherige Wahlmodus für die Wahl der Landesschülerbeiräte soll beibehalten werden (persönliche Stimmabgabe an die Wahlkommission oder, über Verordnung des Landesschulrates an der eigenen Schule oder an einer anderen öffentlichen Berufsschule oder mittleren oder höheren Schule; zur Sonderregelung für die Zentrallehranstalten wird auf die diesbezüglichen Erläuterungen zu § 28 Abs. 2 verwiesen). Diese Art der Abhaltung von Wahlen hat sich bewährt, jedoch erfordert die geringe Wahlbeteiligung zusätzliche Maßnahmen zur Anhebung der Zahl jener Schülervertreter, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. So lag beispielsweise die Wahlbeteiligung zu den Landesschülerbeiräten im vergangenen Schuljahr im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schule zwischen 4,3 % und 66,7 %. Im Bereich der berufsbildenden mittleren und berufsbildenden höheren Schulen erreichte die Wahlbeteiligung im vergangen Schuljahr eine Spanne von 15 % bis 50 %. Von den Berufsschülern machten 2 bis 28 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Erfahrungsgemäß ist dieser Umstand auch darauf zurückzuführen, daß die wahlberechtigten Schüler die zu wählenden Kandidaten ihres Bundeslandes nicht oder nicht ausreichend kennen. Um diesen, für die Wahlbeteiligung und letztlich die demokratische Legitimation der Schülervertretungen negativen Umstand zumindest teilweise zu beseitigen, soll eine Wählerversammlung (Kandidatenhearing) am Tag der Wahl zusammentreten. Hiebei handelt es sich um eine Versammlung aller Wahlberechtigten und Wählbaren des Bundeslandes.

Die Schulbehörde (konkret der jeweilige Landesschulrat) soll für diese Wählerversammlung in Hinkunft geeignete Räume zur Verfügung stellen und die Verständigung der Teilnahmeberechtigten übernehmen. Nachdem die Wahlberechtigten am Tag der Wahl ohnehin zur Wahlkommission (die in der Regel beim Landesschulrat tagt) anreisen, ist mit einem Mehraufwand durch die Einführung einer Wählerversammlung nicht zu rechnen. Die Verständigung von Ort und Zeit der Wählerversammlung wird zweckmäßigerweise gleichzeitig mit der Übersendung der Wahlausschreibung an die Wahlberechtigten erfolgen.

§ 11 Abs. 2 entspricht dem § 11 in seiner derzeit geltenden Fassung.

### Zu § 12 (Stimmzettel, Wahlkuvert):

§ 12 ist inhaltlich unverändert. Lediglich im § 12 Abs. 1, der Regelung über die Zusendung von Stimmzetteln und Wahlkuverts an die Wahlberechtigten, wird auf den Kreis der primär Wahlberechtigten abgestellt (siehe dazu die diesbezüglichen Erläuterungen zu § 8), was inhaltlich der derzeitigen Regelung entspricht.

#### Zu § 13 (Ausfüllen und Wertung des Stimmzettels):

Das Punktewahlsystem soll wegen seiner erwiesenen Effizienz beibehalten werden, zumal es wegen seiner Ausgestaltung als Form des Persönlichkeits- und Verhältniswahlrechtes gegenüber einem etwaigen Listenwahlrecht größere Vorzüge aufweist und Minderheiten die ihnen in der Relation zustehende Chance gewährleistet.

## Zu § 14 (Ungültigkeit des Stimmzettels):

§ 14 ist gegenüber seiner derzeit geltenden Fassung unverändert.

## Zu § 15 (Zählen und Verzeichnen der Wahlpunkte):

§ 15 in der Fassung des Entwurfes nimmt in seinem Abs. 1 auf die Entwurfsregelung des § 8 Abs. 1 Bedacht, wonach Wahlberechtigte die Schulsprecher und im Verhinderungsfall ihre Stellvertreter sind. Wurde eine Wahlberechtigter durch eine zur Vertretung bei der Wahlberechtigte Person vertreten, soll dies im Wahlverzeichnis vermerkt werden.

Im übrigen entspricht § 15 der derzeitigen Regelung.

## Zu § 16 (Wertung der Wahlpunkte):

Zur terminologischen Änderung siehe die Erläuterungen zu § 1.

§ 16 Abs. 2 nimmt auf die Umformulierung des § 7 Bedacht. Das Prinzip des Aufrückens nach der Punktezahl für aus der Schülervertretung ausgeschiedene Mitglieder wird beibehalten.

## Zu § 17 (Landesschulsprecher, Bereichsstellvertreter):

Bisher hatte jeder Landes-Schülerbeirat drei Landesschulsprecher und drei Stellvertreter. Diese Funktionäre wurde je nach der Zahl an Wahlpunkten direkt durch die Wahlberechtigten (die Schulsprecher des jeweiligen Bundeslandes) gewählt. Dies hatte zur Folge, daß gelegentlich Personen in Funktionen berufen worden sind, die diese Funktionen nicht ausüben wollten oder konnten. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, in Hinkunft

- einen Landesschulsprecher pro Bundesland vorzusehen sowie
- drei Bereichsstellvertreter, wobei
- alle diese Funktionäre von der jeweiligen Landesschülervertretung in der ersten internen Sitzung zu wählen wären.

Durch die Beibehaltung von drei Bereichsstellvertretern wird die bisher bewährte prinzipielle Ausgewogenheit der Vertretung der drei Schulartbereiche allgemeinbildende höhere Schulen, berufsbildende mittlere und höhere Schulen sowie Berufsschulen beibehalten. Die Wahl des Landesschulsprechers (und seiner Stellvertreter) soll in der ersten internen Sitzung vorgenommen werden, und zwar bei einer Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der angegebenen gültigen Stimmen. Wenn weniger als die Hälfte der Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend sind, so können die Wahlen nach dem Verstreichen einer Stunde bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens je ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich (allgemeinbildende höhere Schulen, berufsbildende mittlere und höhere Schulen sowie Berufsschulen) anwesend ist (zur Änderung der Präsenzquoren siehe die diesbezüglichen Ausführungen des allgemeinen Teiles der Erläuterungen).

Überdies soll vorgesehen sein, daß den Wahlvorsitz das jeweils älteste anwesende Mitglied übernimmt.

Nachdem Abs. 1 des § 17 die direkte Wahl der Landesschulsprecher und der Bereichsstellvertreter vorschlägt, muß in einem Abs. 2 für den Fall des Rücktritts eines derartigen Funktionärs eine Neuwahl vorgesehen werden, damit die Besetzung der entsprechenden Funktionen gewährleistet ist. Diese Neuwahl soll jener internen Sitzung geschehen, in der der Rücktritt erfolgt (zur Aufhebung der zahlenmäßigen Beschränkung für die interenen Sitzungen siehe die Erläuterungen zu § 31).

Die bisher im § 17 Abs. 2 vorgesehene Rotation beim Vorsitz im Landesschülerbeirat ist nicht mehr erforderlich, den Vorsitz in der Landesschülervertretung soll der gewählte Landesschulsprecher führen. Im Falle seiner Verhinderung wird er durch einen von ihm bezeichneten Bereichsstellvertreter vertreten. Dadurch wird die Kontinuität der Geschäftsführung während eines Schuljahres gewährleistet.

## Zu § 18 (Beurkundung des Wahlvorganges und Bekanntgabe des Wahlergebnisses):

§ 18 Abs. 1 ist gegenüber seiner derzeit geltenden Fassung im wesentlichen unverändert. Lediglich im Abs. 2 des § 18 wird angeordnet, daß das Ergebnis der Wahl den Gewählten bekanntzugeben sein wird. Der Präsident des Landesschulrates hat überdies das Wahlergebnis durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen und auch den betroffenen Schulen zur Kundmachung zu übermitteln. Diese Vorgangsweise erscheint gegenüber dem derzeitigen Rechtszustand verwaltungsökonomischer.

Eine Bekanntgabe der Namen der Landesschulsprecher kann, wegen der direkten Wahl des Landesschulsprechers und seiner Bereichsstellver-

treter durch die jeweilige Landesschülervertretung nicht mehr vorgesehen werden. Eine spätere Bekanntgabe der Namen des Landesschulsprechers und seiner Bereichsstellvertreter durch die Schulbehörde erscheint nicht nötig, zumal amtierende Landesschulsprecher (und naturgemäß auch die stellvertretenden Bereichssprecher) in Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben ohnehin verpflichtet sind, die notwendigen Kontakte mit den Schülervertretern auf Schulebene des betreffenden Bundeslandes zu pflegen.

# Zu § 19 (Anfechtung der Wahl):

§ 19 ist, abgesehen von einer terminologischen Änderung (siehe die Erläuterungen zu § 1) unverändert.

# Zu § 20 (Rücktritt des Landesschulsprechers, der Bereichsstellvertreter):

Nunmehr soll in einer eigenen Bestimmung der Fall des Rücktritt eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) von dieser Funktion und die weitere Vorgangsweise geregelt werden. Der Rücktritt soll aus Gründen der Publizität und einer ökonomischen Vorgangsweise nur im Rahmen einer internen Sitzung zulässig sein. Danach ist in der selben Sitzung sofort die Neuwahl für die jeweilige zu besetzende Funktion abzuhalten.

Zurückgetretene Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) sollen aus Gründen der Kontinuität weiterhin prinzipiell Mitglieder der jeweiligen Landesschülervertretung bleiben. Wünschen diese Schüler eine weitere Entlastung, so ist ein Rücktritt nach § 7 Abs. 3 des Entwurfes möglich.

## Zu § 21 (Abwahl des Landesschulsprechers):

Wie bereits ausgeführt, soll in Hinkunft die Abwahl von Spitzenfunktionären der Schülervertretungen möglich sein. Nach § 20 des Entwurfes soll die Abwahl eines Landesschulsprechers oder eines Bereichsstellvertreters auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Landesschülervertretung eingeleitet werden. Nach Vorliegen des Antrages ist vom Vorsitzenden der Schülervertretung (bei der Landesschülervertretung ist dies der Landesschulsprecher selbst) binnen zwei Wochen eine interne Sitzung einzuberufen. Wegen des im § 31 des Entwurfes vorgeschlagenen Wegfalles der zahlenmäßigen Beschränkung der interenen Sitzungen ist eine Einberufung binnen zwei Wochen möglich, die Sitzung selbst hat dann binnen weiterer zwei Wochen stattzufinden. Die Zweiwochenfrist wurde auch deswegen vorgesehen, damit Zeit für die Schülervertreter besteht, um allenfalls mit dem

Landesschulsprecher (oder Bereichsstellvertreter) zu einem Einvernehmen zu kommen. Erst wenn die Einberufung dieser Sitzung innerhalb der Zweiwochenfrist unterbleibt, schreitet die Schulbehörde ein und der Präsident des Landesschulrates beruft eine interne Sitzung zur Abwahl des Landesschulsprechers (oder Bereichsstellvertreters) ein. Für die Abwahl eines Landesschulsprechers (Stellvertreters) wird eine ausreichende qualifizierte Mehrheit vorgesehen – das Anwesenheitsquorum soll die Hälfte der Mitglieder der Landesschülervertretung betragen, die erforderliche Mehrheit zur Abwahl eine von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.

Aus Gründen der Effizienz und der Kontinuität der Besetzung von Funktionen sieht § 20 Abs. 1 vor, daß im Anschluß an eine erfolgte Abwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) sofort ein neuer Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) gewählt werden soll.

## Zu § 22 (Zusammensetzung der Bundesschülervertretung):

Bisher setzte sich der Bundes-Schülerbeirat wie folgt zusammen:

- 9 Landesschulsprecher aus dem Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen,
- 9 Landesschulsprecher aus dem Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der (mittleren) Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung,
- 9 Landesschulsprecher aus dem Bereich der Berufsschulen und
- 3 Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten.

Die Mitgliederstärke dieses Gremiums (30 Mitglieder) soll beibehalten werden, allerdings muß ein neuer Modus der Zusammensetzung gefunden werden, nachdem § 17 des Entwurfes vorschlägt, in Hinkunft nur einen Landesschulsprecher und drei Bereichsstellvertreter direkt aus der jeweiligen Landesschülervertretung zu wählen. Auch soll bei geänderter Zusammensetzung der Schülervertretung eine prinzipielle Gleichberechtigung und Gleichgewichtung der drei Schulartbereiche allgemeinbildende höhere Schulen, berufsbildende mittlere und höhere Schule sowie Berufsschulen erhalten bleiben. Aus diesem Grund sieht der Entwurf folgende Zusammensetung vor:

- 9 Landesschulsprecher
- plus je zwei Bereichsstellvertreter pro Bundesland (aus den Schulartbereichen, denen der jeweilige Landesschulsprecher den betreffenden Bundeslandes nicht angehört) und wie bisher
- 3 Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten.

Als Mitglieder der Zentrallehranstalten sollen wie bisher von der Zentrallehranstaltenschülervertretung, getrennt nach den jeweiligen Schulartbereichen (siehe § 26 des Entwurfes) jene drei Mitglieder mit der jeweils höchsten Zahl an Wahlpunkten in die Bundesschüler-vertretung entsendet werden (dies regelt nunmehr § 22 Abs. 2 des Entwurfes).

Tritt ein einfaches Mitglied der Bundesschülervertretung zurück, hat dies wegen der Verflechtung zwischen Landesschülervertretung und Bundesschülervertretung die Folge, daß auch die Funktion des Landesschulsprechers (bzw. Bereichsstellvertreters) und die Mitgliedschaft in der Landesschülervertretung verloren gehen. Es kommt daher in der jeweiligen Landesschülervertretung zu einem Aufrücken nach der Punktezahl (siehe die diesbezüglichen Erläuterungen zu § 7) und zur Neuwahl eines Landesschulsprechers (bzw. Bereichsstellvertreters). Die neugewählten Funktionäre (Landesschulsprecher oder Bereichsstellvertreter) sind dann Mitglieder der Bundesschülervertretung. Zur Sonderregelung für den Bundesschulsprecher und seine Stellvertreter siehe die Erläuterungen zu § 24 des Entwurfes.

Im Falle der vorübergehenden Verhinderung eines Mitgliedes der Bundesschülervertretung werden Mitglieder aus der Zentrallehranstaltenschülervertretung durch ihre Ersatzmitglieder und alle anderen Mitglieder der Bundesschülervertretung durch jenes Mitglied der Landesschülervertretung vertreten, welches die höchste Punktezahl aufweist.

#### Zu § 23 (Bundesschulsprecher, Stellverterter):

Die Wahlregelung für die Wahl des Bundesschulsprechers und seiner Stellverteter ist der Regelung für die Wahl des Landesschulsprechers und der Bereichstellvertreter nachgebildet (siehe dazu die diesbezüglichen Erläuterungen zu § 17 des Entwurfes).

#### Zu § 24 (Rücktritt des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter):

Wie bereits im allgemeinen Teil der Erläuterungen ausgeführt, soll eine gewissen Entlastung der Spitzenfunktionäre einer Schülervertretung von Mehrfachfunktionen möglich werden, ohne daß die prinzipielle Verflechtung Bundesschülervertretung - Landesschülervertretung aufgegeben wird. Es wird daher im § 24 folgende Rücktrittsregelung für den Bundesschulsprecher (seine Stellvertreter) vorgeschlagen:

Tritt ein Bundesschulsprecher von dieser Funktion zurück, soll er weiterhin Mitglied der Bundesschülervertretung bleiben können. Er soll, um den Kontakt zum jeweiligen Land nicht zu verlieren, auch

weiterhin Mitglied der Landesschülervertretung bleiben, d.h. er wird allein von seiner Funktion als Bundesschulsprecher entlastet. Eine gleiche Regelung ist auch für die Stellvertreter des Bundesschulsprechers beabsichtigt. (Bezüglich weiterer Rücktrittsmöglichkeiten siehe die Erläuterungen zu § 7 und zu § 20.)

# Zu § 25 (Abwahl des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter):

Die Abwahl des Bundesschulsprechers und seiner Stellvertreter ist der diesbezüglichen Regelung für die Landesschulsprecher nachgebildet, siehe die Erläuterungen zu § 20 des Entwurfes.

## Zu § 26 (Zusammensetzung der Zentrallehranstaltenschülervertretung):

Die Entwurfsregelung entspricht inhaltlich dem § 23 in seiner derzeit geltenden Fassung.

## Zu § 27 (Funktionsdauer):

Bei der Regelung über die Funktionsdauer besteht eine Parallelität zur Regelung für den Bereich der Landesschülervertretung, es wird auf die Erläuterungen zu § 7 und jene des allgemeinen Teiles verwiesen.

#### Zu § 28 (Anwendung von Bestimmungen des 2. Abschnittes):

Wie bisher in § 24 soll auch § 28 des Entwurfes aus Gründen der Textkonzentration im Wege des Verweises die Anwendbarkeit von Bestimmungen des 2. Abschnittes geregelt werden. Eine wesentliche Abweichung ergibt sich lediglich zu § 11 Abs. 2 des Entwurfes, der Regelung über die Durchführung der Wahl. Aus dem Bereich des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates wurde der Wunsch nach der Normierung einer Briefwahl erhoben. Der Entwurf sieht daher vor, daß anstelle der persönlichen Stimmabgabe vor der Wahlkommission die Stimmabgabe auf dem Weg durch die Post (Briefwahl) erfolgen kann. Der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport soll verpflichtet werden, alle erforderlichen Vorkehrungen für die Wahrung des Wahlgeheimnisses zu treffen. Überdies ist die im Verordnungsweg eine Frist für die Stimmabgabe festzulegen, wobei die Kundmachung diesbezüglicher Verordnungen durch Anschlag an den betreffenden Schulen erfolgen soll.

Auch im Falle des Rücktritts eines Zentrallehranstaltensprechers (Stellvertreters) soll, wie im Bereich der anderen Schülervertretungen in der nächsten internen Sitzung ein neuer Zentrallehranstaltensprecher (Stellvertreter) gewählt werden können. Dies regelt der Entwurf zu § 28 Abs. 2.

# Zu § 29 (Zentrallehranstaltensprecher, Stellvertreter):

Die allgemein gesenkten Präsenzquoren sollen auch für die Wahl des Zentrallehranstaltensprechers und seines Stellvertreters gelten.

## Zu § 30 (Beratungen):

Die bewährte Trennung zwischen internen Sitzungen der Schülervertretungen und gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Schulbehörden wurde beibehalten. Neu ist die Einrichtung von sogenannten Bereichsausschüssen. In den Bereichsausschüssen können nur Schülervertreter des jeweiligen Schulartbereiches vertreten sein, die aber dann auch in kleinerer Zusammensetzung volle Beschlußfähigkeit in der konkreten Bereichsangelegenheit besitzen werden. So können beispielsweise Stellungnahmen zu Lehrplanentwürfen für eine bestimmte Schulart einem Bereichsausschuß übertragen werden.

# Zu § 31 (Einberufung von Sitzungen):

Der bisherige Modus zur Einberufung der ersten internen Sitzung war ein verwaltungstechnisch nicht zweckmäßiger Vorgang - der Bundes-minister für Unterricht und Kunst hatte die Sitzung einzuberufen, allerdings nur bei Vorliegen eines Antrages von mindestens zwei Mitgliedern des Bundes-Schülerbeirates (bzw. zwei Mitgliedern des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates). Nunmehr soll diese Antragstellung entfallen, der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport wird verpflichtet, die erste interne Sitzung bis zum 15. Oktober des jeweiligen Schuljahres einzuberufen.

Bisher war sowohl die Zahl der internen Sitzungen eines Schülerbeirates als auch die Zahl der gemeinsamen Sitzungen eines Schülerbeirates mit Vertretern einer Schulbehörde zahlenmäßig begrenzt. Diese
zahlenmäßige Begrenzung für interne Sitzungen hat sich nicht als
zweckmäßig erwiesen, weil nicht selten zwischen zwei Terminen für
interne Sitzungen wichtige Beratungen erforderlich wurden, die auch
eine zwischenzeitige Beschlußfassung erforderlich gemacht hätten.
Aus diesem Grund soll die zahlenmäßige Beschränkung für die internen
Sitzungen (bisher höchstens 4 interne Sitzungen) entfallen. Allerdings können interne Sitzungen nach wie vor nur dann abgehalten werden, sofern für deren Kosten eine budgetmäßige Deckung vorhanden
ist. Im übrigen wurde für die Antragstellung auf Einberufung einer
internen Sitzung das Antragsquorum auf ein Drittel gesenkt.

### Zu § 32 (Leitung der Sitzungen):

§ 32 ist inhaltlich bis auf terminologische Änderungen unverändert.

## Zu § 33 (Niederschrift):

Bei der Regelung über die Protokollführung wurden die Bereichsausschüsse berücksichtigt.

## Zu § 34 (Beschlußfassung):

Um die Beschlußfähigkeit einer Schülervertretung zu erleichtern, soll eine Regelung aufgenommen werden, wonach nach dem Verstreichen einer Stunde ab Sitzungsbeginn für das Zustandekommen eines Beschlusses die Anwesenheit eines Drittels der Mitglieder ausreicht, wenn mindestens je ein Mitglied aus jedem der drei Schulartbereiche anwesend ist.

Für einen Beschluß ist nach wie vor die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich, bei Stimmengleichheit ist ein gültiger Beschluß nicht zustandegekommen.

§ 34 Abs. 2 nimmt auf die Bereichsausschüsse und deren Beschlußfähigkeit Bedacht. Wegen der kleineren Besetzung dieser Ausschüsse soll für die Beschlußfassung jedenfalls die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder verlangt werden.

# Zu § 35 (Einladung von Sachverständigen und Beobachtern):

Auch in Hinkunft werden Sachverständige und Beobachter auch an den Sitzungen der Bereichsausschüsse teilnehmen können, allerdings nur, wenn dies im Hinblick auf den Beratungsgegenstand zweckmäßig ist, die Finanzierung sichergestellt ist und die Kosten dem Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen.

Im übrigen ist § 35 gegenüber seiner früheren Fassung, abgesehen von terminologischen Änderungen, unverändert.

### Zu § 36 (Ehrenamt):

§ 36 ist, abgesehen von terminologischen Änderungen, unverändert.

## Zu § 37 (Geschäftsordnung):

§ 37 berücksichtigt die Bereichsausschüsse.

#### Zu § 38 (Personal - und Sachaufwand):

Auch hier wurden nur terminologische Änderungen vorgenommen.

# Zu § 39 (Inkrafttreten und Vollziehung):

Das Inkrafttreten eines diesem Entwurf entprechenden Bundesgesetzes ist mit 1. September 1990 vorgesehen, für die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder einer Landesschülervertretung für das Schuljahr 1990/91 sollen allerdings bereits die neuen Bestimmungen angewendet werden.

Bundesgesetz vom 20. Jänner 1981, BGBl. Nr. 56, über die Einrichtung einer überschulischen Schülervertretung

#### 1. ABSCHNITT

#### Allgemeine Bestimmungen

#### Errichtung von Schülerbeiräten

§ 1. Bei jedem Landesschulrat ist ein Landes-Schülerbeirat, beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst ein Bundes-Schülerbeirat' und ein Zentrallehranstalten-Schülerbeirat zu errichten.

## Aufgaben der Schülerbeiräte

§ 2. (1) Dem Landes-Schülerbeirat obliegt im Rahmen der Vertretung

der Interessen der Schüler die Beratung des Landesschulrates in Fragen des Schulwesens, soweit Belange der Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der mittleren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung, der Berufsschulen und der Polytechnischen Lehrgänge des betreffenden Landes berührt werden, und nicht die Zuständigkeit des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates gegeben ist.

(2) Dem Bundes-Schülerbeirat obliegt im Rahmen der Vertretung der Interessen der Schüler die Beratung des Bundesministers für Unterricht und Kunst in Fragen des Schulwesens, soweit Belange der Schüler der im Abs. 1 genannten Schulen berührt werden und sie in ihrer Bedeutung über den Bereich eines Landes hinausgehen.

#### Entwurf

Sundesgesetz vom ....... über die überschulischen Schülervertretungen (Schülervertretungengesetz - SchVG)

#### 1. ABSCHNITT

#### Allgemeine Bestimmungen

#### Errichtung von überschulischen Schülervertretungen

§ 1. Bei jedem Landesschulrat ist eine Landesschülervertretung, beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport eine Bundesschülervertretung und eine Zentrallehranstaltenschülervertretung zu errichten.

#### Aufgaben der überschulischen Schülervertretungen

- \$ 2. (1) Der Landesschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, die Vertretung der Interessen der Schüler der allgemeinbildenden höneren Schulen, der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der höheren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung, der Berufsschulen und der Polytechnischen Lehrgänge des betreffenden Landes, gegenüber dem Landesschulrat, sonstigen Behörden und dem Landtag. Davon unberührt bleiben die Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten, die Schülermitverwaltung (§ 58 des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl.Nr. 472/1986, in der jeweils geltenden Fassung) und die Zuständigkeit der Zentrallehranstaltenschülervertretung.
- (2) Der Bundesschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen und die in ihrer Bedeutung über den Bereich eines Landes hinausgehen, die Vertretung der Interessen der Schüler der im Abs. 1 genannten Schulen gegenüber dem Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport, sonstigen Behörden, dem Nationalrat und dem Bundesrat. Davon unberührt bleiben die Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten und die Schülermitverwaltung (§ 58 Schüg).

(3) Dem Zentrallehranstalten-Schülerbeirat obliegt im Rahmen der Vertretung der Interessen der Schüler die Beratung des Bundesministers für Unterricht und Kunst in Fragen des Schulwesens, soweit Belange der Schüler der im § 3 Abs. 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 240/1962, genannten Zentrallehranstalten, der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschastlichen Fachschulen des Bundes und der Forstfachschule berührt werden .

(4) Darüber hinaus obliegt den Schülerbeiräten in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich (Abs. 1 bis 3) die Beratung der Schüler in Angelegenheiten der Schülermitverwaltung (§ 58 des Schulunterrichtsgesetzes , BGBl. Nr. 139/1974).

(5) Ausgenommen vom Aufgabenbereich der Schülerbeiräte ist die Beratung von Angelegenheiten, die Belange der Schüler der Schulen für

Berufstätige betreffen .

## Erfüllung der Aufgaben

§ 3. Im Rahmen der ihnen gemäß § 2 übertragenen Aufgaben stehen den Schülerbeiräten insbesondere zu:

1. Beratung in grundsätzlichen Fragen des Unterrichtes und der Erziehung;

2. Erstattung von Vorschlägen zur Erlassung von Gesetzen und Ver-

3. Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen;

4. Erstattung von Vorschlägen in Angelegenheiten von Schulbauten und deren Ausstattung;

5. Beratung in Angelegenheiten der Schülerzeitungen

6. Beratung in Fragen der überregionalen Koordination von Schulveranstaltungen und in Fragen der Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung';

7. Herausgabe von Rundschreiben und von Informationsblättern in

schulischen Angelegenheiten;

- 8. Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter;
  - 9. Vorbringen von Anliegen und Beschwerden.

#### Entwurf

- (3) Der Zentrallehranstaltenschülervertretung obliegt in Fragen, die Schüler in ihrer Schülereigenschaft betreffen, die Vertretung der Interessen der Schüler der Zentrallehranstalten (§ 3 Abs. 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGB1.Nr. 240/1962, in der jeweils geltenden Fassung), der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen des Bundes und der Forstfachschule, gegenüber Behörden, unbeschadet der Vertretungsrechte der Erziehungsberechtigten und der Schülermitverwaltung (§ 58 SchüG).
- (4) Darüberhinaus obliegt den Schülervertretungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich (Abs. 1 bis 3) die Beratung der Schüler in Angelegenheiten der Schülermitverwaltung (§ 58 SchUG).
- (5) Ausgenommen vom Aufgabenbereich der Schülervertretungen ist die Beratung von Angelegenheiten, die Belange der Schüler der Schulen für Berufstätige betreffen.

#### Erfüllung der Aufgaben

- 💲 3. Im Rahmen der ihnen gemäß 🖇 2 übertragenen Aufgaben stehen den Schülervertretungen insbesondere zu:
  - 1. Beratung der Schulbehörden in grundsätzlichen Fragen des Unterrichts und der Erziehung;
  - 2. Erstattung von Vorschlägen zur Erlassung von Gesetzen und Verordnungen;
  - 3. Abgabe von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen:
  - 4. Erstattung von Vorschlägen in Angelegenheiten von Schulbauten und deren Ausstattung;
  - 5. Beratung in Angelegenheiten der Schülerzeitungen;
  - 6. Beratung in Fragen der überregionalen Koordination von schulbezogenen Veranstaltungen und Schulveranstaltungen und in Fragen der Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung;
  - 7. Herausgabe von Rundschreiben und von Informationsblättern in schulischen Angelegenheiten;
  - 8. Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Schülervertreter:
  - 9. Vorbringen von Anliegen und Beschwerden.

§ 4. Die Schülerbeiräte haben sich bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) von der Aufgabe der österreichischen Schule (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962) leiten zu lassen.

§ 5. (1) Die Schülerbeiräte sind berechtigt, jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich (§ 2 Abs. 1 bis 3) die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) notwendigen Kontakte mit Schülern an den einzelnen Schulen in der unterrichtsfreien Zeit der besuchten Schüler zu pflegen

(2) Dem Landes-Schülerbeirat ist auf Eingaben, Vorschläge, Anregungen und Beschwerden an den Landesschulrat von diesem innerhalb von vier

Wochen schriftlich zu antworten'.

(3) Der Landes-Schülerbeirat ist vom Landesschulrat über Rechtsvorschriften und deren Änderungen insoweit zu informieren, als diese zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) eine wesentliche Voraussetzung bilden. Gleiches gilt für die Information über die Ergebnisse von Umfragen und Erhebungen, die vom Landesschulrat oder in dessen Auftrag durchgeführt werden.

(4) Die Abs. 2 und 3 finden auf die Tätigkeit des Bundes-Schülerbeirates und des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates mit der Maßgabe Anwen- dung, daß zur Beantwortung und zur Information das Bundesministerium

für Unterricht und Kunst verpslichtet ist.

## Entwurf

§ 4. Die Schülervertretungen haben sich bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) von der Aufgabe der österreichischen Schule (§ 2 des Schulorganisationsgesetzes, BGB1.Nr. 242/1962, in der jeweils geltenden Fassung) leiten zu lassen.

- § 5. (1) Die Schülervertretungen sind berechtigt, jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich (§ 2 Abs. 1 bis 3) die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) notwendigen Kontakte mit Schülern an den einzelnen Schulen in der unterrichtsfreien Zeit der besuchten Schüler zu pflegen.
- (2) Der Landesschülervertretung ist auf Eingaben, Vorschläge, Anregungen und Beschwerden an den Landesschulrat von diesem innerhalb von vier Wochen schriftlich zu antworten.
- (3) Die Landesschülervertretung ist vom Landesschulrat über Rechtsvorschriften und deren Änderungen insoweit sofort zu informieren, als diese zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) eine Voraussetzung bilden. Gleiches gilt für die Information über die Ergebnisse von Umfragen und Erhebungen, die vom Landesschulrat oder in dessen Auftrag durchgeführt wurden.
- (4) Die Abs. 2 und 3 gelten auch für Tätigkeit der Bundesschülervertretung und der Zentrallehranstaltenschülervertretung mit der Maßgabe, daß zur Beantwortung und zur Information das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport verpflichtet ist.

#### 2. ABSCHNITT

# Mitgliedschaft zu einem Landes-Schülerbeirat

Zusammensetzung eines Landes-Schülerbeirates

§ 6. (1) Einem Landes-Schülerbeirat gehören mindestens zwölf, höchstens dreißig Mitglieder an, und zwar jeweils die gleiche Zahl von Mitgliedern aus dem Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen, aus dem Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der mittleren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung und aus dem Bereich der Berufsschulen

(2) Die Zahl der Mitglieder ist unter Berücksichtigung der Zahl der Schulen in den einzelnen im Abs. 1 genannten Schulartbereichen durch Ver-

ordnung des Landesschulrates zu bestimmen.

# Bestellungsweise und Funktionsdauer

§ 7. (1) Die Mitglieder und die gleiche Zahl an Ersatzmitgliedern eines Landes-Schülerbeirates sind getrennt nach den im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereichen an einem Schultag in der Zeit von Mittwoch der vorletzten Woche bis Mittwoch der letzten Woche des Unterrichtsjahres<sup>1</sup> zu

wählen. Im Falle der Verhinderung von Mitgliedern haben die Ersatzmitglieder nach der Reihenfolge ihrer Wahl einzutreten.

(2) Die Funktionsdauer der Mitglieder und der Ersatzmitglieder beträgt ein Schuljahr; sie beginnt mit dem ersten Tag des der Wahl folgenden Schul-

(3) Die Funktionsdauer eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes endet durch Zeitablauf, Rücktritt oder Beendigung des Schulbesuches (§ 33 des Schulunterrichtsgesetzes), wobei im letztgenannten Fall das Antreten zur Reiseprüfung, Befähigungsprüfung oder Abschlußprüfung die Funktionsdauer nicht beendet.

#### Entwurf

#### 2. ABSCHNITT

#### Mitgliedschaft zu einer Landesschülervertretung

#### Zusammensetzung einer Landesschülervertretung

- § 6. (1) Einer Landesschülervertretung gehören mindestens zwölf und höchstens dreißig Mitglieder an, und zwar jeweils die gleiche Zahl von Mitgliedern aus folgenden Bereichen
  - 1. Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen,
  - Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der höheren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung und
  - 3. Bereich der Berufsschulen.
- (2) Die Zahl der Mitglieder ist unter Berücksichtigung der Zahl der Schulen in den in Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen durch Verordnung des Landesschulrates zu bestimmen.

#### Bestellungsweise und Funktionsdauer

- § 7. (1) Die Mitglieder und die gleiche Anzahl an Ersatzmitgliedern einer Landesschülervertretung sind getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen an einem Schultag in der Zeit von Freitag der vorletzten Woche bis Donnerstag der letzten Woche des Unterrichtsjahres zu wählen.
- (2) Die Funktionsdauer der Mitglieder und der Ersatzmitglieder beträgt grundsätzlich ein Schuljahr. Sie beginnt mit dem ersten Tag des der Wahl folgenden Schuljahres.
- (3) Die Funktionsdauer eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes endet durch Zeitablauf, Rücktritt oder Beendigung des Schulbesuches (§ 33 SchUG). Im letztgenannten Fall bei einem Schulwechsel nur, sofern das Mitglied den Schulartbereich (§ 6 Abs. 1 Z 1 bis 3) oder den schulbehördlichen Zuständigkeitsbereich wechselt. Das Antreten zur Reifeprüfung, Reife- und Befähigungsprüfung, Befähigungsoder Abschlußprüfung beendet nicht die Funktionsdauer.

#### Wahlrecht

§ 8. (1) Wahlberechtigt sind alle Schulsprecher (§ 59 Abs. 3 lit. d des Schulunterrichtsgesetzes) aus den im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereichen, und zwar jeweils für den Schulartbereich, dem sie als Schulsprecher angehören.

(2) Wählbar sind alle Schulsprecher und deren Stellvertreter , an ganzjährigen Berufsschulen alle Schulsprecher und Tagessprecher (§ 59 Abs. 3 des Schulunterrichtsgesetzes') aus den im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereichen, und zwar jeweils für den Schulartbereich, dem sie als Schulsprecher, Schulsprecher-Stellvertreter oder Tagessprecher angehören .

## Entwurf

(4) Für Mitglieder und Ersatzmitglieder, deren Funktionsdauer während des Schuljahres endet, rücken die Gewählten des betreffenden Schulartbereiches nach der Reihenfolge ihrer Wahl (§ 16 Abs. 1) für die restliche Funktionsdauer auf. Vorübergehend verhinderte Mitglieder werden durch von ihnen bestimmte Mitglieder oder Ersatzmitglieder des betreffenden Schulartbereiches vertreten.

#### Wahlrecht

- § 8. (1) Wahlberechtigt sind alle Schulsprecher (§ 59 SchUG) aus den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, und zwar jeweils für den Schulartbereich, dem sie als Schulsprecher angehören. Im Verhinderungsfall eines Schulsprechers ist sein Stell-vertreter wahlberechtigt, sofern der Verhinderte dies schriftlich bestätigt; ist der verhinderte Wahlberechtigte dazu nicht im Stande, hat der Schulleiter den Verhinderungsfall schriftlich zu bestätigen. Diese Bestätigungen sind vom Schulleiter zu beglaubigen.
  - (2) Wählbar sind für den betreffenden Schulartbereich
  - 1. die Schulsprecher und deren Stellvertreter.
  - an ganzjährigen Berufsschulen die Schulsprecher und die Tagessprecher und
  - die Mitglieder, die einer Landes-, Bundes- oder Zentrallehranstaltenschülervertretung am Tag der Wahlausschreibung (§ 9 Abs. 1) angehören.

# Wahlausschreibung; Verzeichnis der Wahlberechtigten und der Wählbaren

§ 9. (1) Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder ist von der Wahlkommission (§ 10 Abs. 1) unter Bekanntgabe des Wahltages und des Wahlortes spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auszuschreiben und den Wahlberechtigten so rechtzeitig bekanntzugeben, daß ihnen die Verständigung spätestens drei Wochen vor der Wahl zugestellt werden kann.

(2) Die Wahlkommission hat ein Verzeichnis der am Tag der Wahlausschreibung Wahlberechtigten und Wählbaren anzusertigen. Das Wahlverzeichnis ist, gerechnet vom Tag der Wahlausschreibung an, durch min-

destens zwei Wochen beim Landesschulrat zur Einsicht aufzulegen; gleichzeitig ist es allen Schulen der im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereiche zu

übermitteln, die es gleichfalls durch den vorbezeichneten Zeitraum zur

Einsicht aufzulegen haben.

(3) Gegen die Richtigkeit und die Vollständigkeit des Wahlverzeichnisses kann jeder Wahlberechtigte und jeder Wählbare während des Auflagezeitraumes bei der Wahlkommission Einwendungen erheben. Hierüber hat die Wahlkommission innerhalb von drei Tagen zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Wahlkommission ist ein ordentliches Rechtsmittel' nicht zulässig.

Wahlkommission

§ 10. (1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist beim Lan-

desschulrat eine Wahlkommission zu bilden.

(2) Die Wahlkommission besteht aus drei Mitgliedern, die vom Präsidenten des Landesschulrates aus dem Kreis der Beamten des Landesschulrates zu bestellen sind. Sie hat bei ihrem ersten Zusammentreten aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden zu wählen. Die drei Landesschulsprecher (§ 17 Abs. 1) sind berechtigt, an den Sitzungen der Wahlkommission als Wahlzeugen ohne Stimmrecht teilzunehmen.

(3) Für jedes Mitglied der Wahlkommission ist ein Ersatzmitglied vorzusehen, das im Falle der Verhinderung des betreffenden Mitgliedes an dessen Stelle zu treten hat. Die Ersatzmitglieder sind in gleicher Weise wie die

Mitglieder zu berufen .

#### Entwurf

#### Wahlausschreibung; Verzeichnis der Wahlberechtigten und der Wählbaren

- § 9. (1) Die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder ist von der Wahlkommission (§ 10 Abs. 1) unter Bekanntgabe des Wahltages, der Wahlzeit und des Wahlortes spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auszuschreiben und den Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) so rechtzeitig bekanntzugeben, daß ihnen die Verständigung spätestens drei Wochen vor der Wahl zugestellt werden kann.
- (2) Die Wahlkommission hat ein Verzeichnis der am Tag der Wahl-x ausschreibung Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) und Wählbaren (§ 8 Abs. 2) anzufertigen. Das Wahlverzeichnis ist, gerechnet vom Tag der Wahlausschreibung an, durch mindestens zwei Wochen beim Landesschulrat zur Einsicht aufzulegen. Gleichzeitig ist es allen Schulen der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche zu übermitteln, die es gleichfalls durch den vorbezeichneten Zeitraum zur Einsicht aufzulegen haben.
- (3) Gegen die Richtigkeit und die Vollständigkeit des Wahlverzeichnisses kann jeder Wahlberechtigte (§ 8 Abs. 1 erster Satz) und jeder Wählbare (§ 8 Abs. 2) während des Auflagezeitraumes bei der Wahlkommission Einwendungen erheben. Hierüber hat die Wahlkommission innerhalb von drei Tagen zu entscheiden. Gegen die Entscheidung der Wahlkommission ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

#### Wahlkommission

- § 10. (1) Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist beim Landesschulrat eine Wahlkommission zu bilden.
- (2) Die Wahlkommission besteht aus drei Mitgliedern, die vom Präsidenten des Landesschulrates aus dem Kreis der Beamten des Landesschulrates zu bestellen sind. Sie hat bei ihrem ersten Zusammentreten aus ihrer Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden zu wählen. Der Landesschulsprecher sowie die drei Bereichsstellvertreter sind berechtigt, an den Sitzungen der Wahlkommission als Wahlzeugen ohne Stimmrecht teilzunehmen.
- (3) Für jedes Mitglied der Wahlkommission ist ein Ersatzmitglied vorzusehen, das im Fall der Verhinderung des betreffenden Mitgliedes an dessen Stelle zu treten hat. Die Ersatzmitglieder sind in gleicher Weise wie die Mitglieder zu berufen.

## Durchführung der Wahl

§ 11. Die Wahl ist geheim. Das Wahlrecht ist persönlich durch Übergabe des in dem Wahlkuvert liegenden Stimmzettels an die Wahlkommission auszuüben. Der Landesschulrat kann durch Verordnung für bestimmte oder alle Schularten verfügen, daß die Stimmabgabe auch an der eigenen Schule und an einer anderen öffentlichen Berufsschule oder mittleren oder höheren Schule zulässig ist , wenn auf diese Weise eine Vereinfachung oder Beschleunigung des Wahlverfahrens oder eine Erleichterung der Stimmabgabe erreicht wird; in dieser Verordnung ist auch die Frist für die Stimmabgabe festzulegen, die nicht länger als eine Woche sein darf.

#### Stimmzettel, Wahlkuvert

- § 12. (1) Gleichzeitig mit der Wahlausschreibung hat die Wahlkommission den Wahlberechtigten einen Stimmzettel und ein Wahlkuvert zuzustellen.
- (2) Stimmzettel und Wahlkuverts müssen zumindest für die einzelnen im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereiche die gleiche Größe, Farbe und Beschaffenheit auf weisen.
- (3) Auf dem Stimmzettel sind durch Druck oder sonstige Vervielfältigungen untereinander so viele Zeilen zu setzen und an der linken Seite mit so vielen arabischen Ziffern zu numerieren, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Auf der rechten Seite jeder Zeile sind die Wahlpunkte anzugeben. Die Wahlpunkte haben in umgekehrter arithmetischer Reihenfolge zu den links eingesetzten Ziffern zu stehen. Die Mitte jeder Zeile ist für die Ausfüllung durch den Wähler freizuhalten.

## Entwurf

#### Wählerversammlung und Durchführung der Wahl

- § 11. (1) Die Wahlberechtigten und die Wählbaren für die Wahl der Landesschülervertretung haben das Recht, am Wahltag zu einer Wählerversammlung zusammenzutreten, um die Kandidaten für die Wahl besser kennenzulernen. Der Landesschulrat hat hiefür geeignete Räume zur Verfügung zu stellen und die Teilnahmeberechtigten von Ort und Zeit der Wählerversammlung zu verständigen.
- (2) Die Wahl ist geheim. Das Wahlrecht ist persönlich durch Übergabe des in dem Wahlkuvert liegenden Stimmzettels an die Wahlkommission auszuüben. Der Landesschulrat kann durch Verordnung für bestimmte oder alle Schularten verfügen, daß die Stimmabgabe auch an der eigenen Schule und an einer anderen öffentlichen Berufsschule oder mittleren oder höheren Schule zulässig ist, wenn auf diese Weise eine Vereinfachung oder Beschleunigung des Wahlverfahrens oder eine Erleichterung der Stimmabgabe erreicht wird; in dieser Verordnung ist auch die Frist für die Stimmabgabe festzulegen, die nicht länger als eine Woche sein darf.

#### Stimmzettel, Wahlkuvert

- § 12. (1) Gleichzeitig mit der Wahlausschreibung hat die Wahlkommission den Wahlberechtigten (§ 8 Abs. 1 erster Satz) einen Stimmzettel und ein Wahlkuvert zuzustellen.
- (2) Stimmzettel und Wahlkuverts müssen zumindest für die einzelnen im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche die gleiche Größe, Farbe und Beschaffenheit aufweisen.
- (3) Auf dem Stimmzettel sind durch Druck oder sonstige Vervielfältigungen untereinander so viele Zeilen zu setzen und an der
  linken Seite mit so vielen arabischen Ziffern forlaufend zu numerieren, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Auf der
  rechten Seite jeder Zeile sind die Wahlpunkte anzugeben. Die Wahlpunkte haben in umgekehrter arithmetischer Reihenfolge zu den links
  eingesetzten Ziffern zu stehen. Die Mitte jeder Zeile ist für die
  Ausfüllung durch den Wähler freizuhalten.

## Ausfüllen und Wertung des Stimmzettels

§ 13. (1) Von den Wahlberechtigten sind auf dem Stimmzettel untereinander so viele Namen (Familien- und Vorname) zu verzeichnen, als Mitglieder und Ersatzmitglieder aus einem der im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereiche zu wählen sind. Hiebei hat ein getrenntes Verzeichnis nach Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zu unterbleiben. Enthält ein Stimmzettel mehr Namen, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind, so sind die über diese Zahl im Stimmzettel eingesetzten Namen unberücksichtigt zu lassen. Enthält er weniger Namen, so wird deshalb seine Gültigkeit nicht beeinträchtigt.

(2) Der auf dem Stimmzettel an erster Stelle Gereihte erhält so viele Wahlpunkte, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind; der an zweiter und weiterer Stelle Gereihte erhält jeweils um einen Wahlpunkt

weniger.

(3) Ist derselbe Name auf einem Stimmzettel mehrmals verzeichnet, so ist er bei der Zählung der Wahlpunkte nur an der Stelle mit der höchsten Zahl von Wahlpunkten zu berücksichtigen.

(4) Stimmen, die auf einen nicht Wählbaren entfallen, sind ungültig .

## Ungültigkeit des Stimmzettels

§ 14. (1) Der Stimmzettel ist ungültig, wenn ein anderer als der von der Wahlkommission zugestellte Stimmzettel verwendet wurde oder wenn er durch Beschädigung derart beeinträchtigt wurde, daß nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem der Wähler seine Stimmen geben wollte.

(2) Worte, Bemerkungen oder Zeichen, die auf den von der Wahlkommission zugestellten Stimmzetteln außer zur Bezeichnung eines Wählbaren angebracht werden, beeinträchtigen die Gültigkeit eines Stimmzettels nur, wenn dadurch nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem der Wähler seine Stimme geben wollte.

#### Entworf

## Ausfüllen und Wertung des Stimmzettels

- \$ 13. (1) Von den Wahlberechtigten sind auf dem Stimmzettel untereinander so viele Namen (Familien- und Vorname) zu verzeichnen, als Mitglieder und Ersatzmitglieder aus einem der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche zu wählen sind. Hiebei hat ein getrenntes Verzeichnen nach Mitgliedern und Ersatzmitgliedern zu unterbleiben. Enthält ein Stimmzettel mehr Namen, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind, so sind die über diese Zahl im Stimmzettel eingesetzten Namen unberücksichtigt zu lassen. Enthält er weniger Namen, so wird deshalb seine Gültigkeit nicht beeinträchtigt.
- (2) Der auf dem Stimmzettel an erster Stelle Gereihte erhält so viele Wahlpunkte, als Mitglieder und Ersatzmitglieder zu wählen sind. Der an zweiter und weiterer Stelle Gereihte erhält jeweils um einen Wahlpunkt weniger.
- (3) Ist derselbe Name auf einem Stimmzettel mehrmals verzeichnet, so ist er bei der Zählung der Wahlpunkte nur an der Stelle mit der höchsten Zahl von Wahlpunkten zu berücksichtigen.
- (4) Stimmen, die auf einen nicht Wählbaren entfallen, sind ungültig.

#### Ungültigkeit des Stimmzettels

- § 14. (1) Der Stimmzettel ist ungültig, wenn ein anderer als der von der Wahlkommission zugestellte Stimmzettel verwendet wurde oder wenn er durch Beschädigung derart beeinträchtigt wurde, daß nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem der Wähler seine Stimmen geben wollte.
- (2) Worte, Bemerkungen oder Zeichen, die auf den von der Wahlkommission zugestellten Stimmzetteln außer zur Bezeichnung eines
  Wählbaren angebracht werden, beeinträchtigen die Gültigkeit eines
  Stimmzettels nur, wenn dadurch nicht mehr eindeutig hervorgeht, wem
  der Wähler seine Stimme geben wollte.

# Zählen und Verzeichnen der Wahlpunkte

§ 15. Die Wahlkommission hat die Abgabe des Stimmzettels im Wahlverzeichnis (§ 9 Abs. 2) zu vermerken, nach Schluß der Wahl die auf die einzelnen Wählbaren entfallenden Wahlpunkte zu zählen und die Zahl der Wahlpunkte in der über den Wahlvorgang aufzunehmenden Niederschrift (§ 18 Abs. 1) ersichtlich zu machen.

# Wertung der Wahlpunkte

§ 16. (1) Von den Wählbaren sind entsprechend der Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder die mit der höheren Zahl an Wahlpunkten als Mitglieder und die mit der niedrigeren Zahl an Wahlpunkten als Ersatzmitglieder eines Landes-Schülerbeirates gewählt.

(2) Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten mehr Wählbare, als zu wählen sind, als Mitglieder oder Ersatzmitglieder in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission (§ 10 Abs. 2) zu zichende Los darüber, wer als Mitglied und wer als Ersatzmitglied gewählt ist. Wenn gewählte Ersatzmitglieder die gleiche Zahl an Wahlpunkten erreicht haben, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission zu ziehende Los über die Reihenfolge des Eintretens für verhinderte Mitglieder (§ 7 Abs. 1).

#### Entwurf

#### Zählen und Verzeichnen der Wahlpunkte

- § 15. (1) Die Wahlkommission hat die Abgabe des Stimmzettels im Wahlverzeichnis (§ 9 Abs. 2) zu vermerken. Wurde eine Wahlberechtigter (§ 8 Abs. 1 erster Satz) durch eine zur Vertretung bei der Wahlberechtigte Person vertreten (§ 8 Abs. 2 zweiter Satz), ist dies im Wahlverzeichnis zu vermerken.
- (2) Nach Schluß der Wahl hat die Wahlkommission die auf die einzelnen Wählbaren entfallenen Wahlpunkte zu zählen und die Zahl der Wahlpunkt in der über den Wahlvorgang aufzunehmenden Niederschrift (§ 18 Abs. 1) ersichtlich zu machen.

#### Wertung der Wahlpunkte

- § 16. (1) Von den Wählbaren sind entsprechend der Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatzmitglieder die mit der höheren Zahl an Wahlpunkten als Mitglieder und die mit der niedrigeren Zahl an Wahlpunkten als Ersatzmitglieder einer Landesschülervertretung gewählt.
- (2) Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten mehr Wählbare als zu wählen sind, als Mitglieder oder Ersatzmitglieder in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission (§ 10 Abs. 2) zu ziehende Los darüber, wer als Mitglied und wer als Ersatzmitglied gewählt ist. Wenn gewählte Ersatzmitglieder die gleiche Zahl an Wahlpunkten erreicht haben, so entscheidet in gleicher Weise das Los über die Reihenfolge des Eintretens für jene Mitglieder, deren Funktionsdauer während des Schuljahres beendet worden ist (§ 7 Abs. 4).

# Landesschulsprecher, Stellvertreter

§ 17. (1) Jeder Landes-Schülerbeirat hat drei Landesschulsprecher und drei Stellvertreter. Landesschulsprecher sind, getrennt nach den im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereichen, die drei Mitglieder mit der jeweils höchsten Zahl an Wahlpunkten. Stellvertreter sind, getrennt nach den im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereichen, die drei Mitglieder mit der jeweils zweithöchsten Zahl an Wahlpunkten.

(2) Der Vorsitz im Landesschülerbeirat wechselt nach jeder internen Sitzung (§ 26) zwischen den Landesschulsprechern in der Reihenfolge der Höhe der auf sie entfallenen Zahl an Wahlpunkten. Diese Reihenfolge ist während der Funktionsdauer (§ 7 Abs. 2) unverändert beizubehalten.

## Beurkundung des Wahlvorganges und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

- § 18. (1) Über den Wahlvorgang ist eine Niederschrist aufzunehmen, die alles Wesentliche zu enthalten hat, von den Mitgliedern der Wahlkommission zu untersertigen und mit der Wahlausschreibung, dem Wahlverzeichnis und den abgegebenen Stimmzetteln unter Verschluß beim Landesschulrat aufzubewahren ist. Jeder Wahlberechtigte kann in diese Akten Einsicht nehmen.
- (2) Das Ergebnis der Wahl ist den Wahlberechtigten schriftlich mitzuteilen. Darüber hinaus ist es dem Präsidenten des Landesschulrates bekanntzugeben und im Landesschulrat durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen.
- (3) Gleichzeitig mit der Mitteilung des Wahlergebnisses sind den Wahlberechtigten schriftlich die Namen der Landesschulsprecher des betreffenden Landes-Schülerbeirates bekanntzugeben, die gemäß § 20 Z 1 bis 3 dem Bundes-Schülerbeirat als Mitglieder angehören. In gleicher Weise sind den Wahlberechtigten die Namen der Stellvertreter der Landesschulsprecher bekanntzugeben.

## Entwurf

#### Landesschulsprecher, Bereichsstellvertreter

- § 17. (1) Jede Landesschülervertretung hat in ihrer ersten internen Sitzung einen Landesschulsprecher und getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, drei Bereichsstellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichneit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitz führt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend, so können nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahlen bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich (§ 6 Abs. 1 Z 1 bis 3) anwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig.
- (2) Den Vorsitz in der Landesschülervertretung führt der Landesschulsprecher, im Falle seiner Verhinderung ein von ihm bezeichneter Bereichsstellvertreter.

#### Beurkundung des Wahlvorganges und Bekanntgabe des Wahlergebnisses

- § 18. (1) Über den Wahlvorgang ist eine Niederschrift aufzunehmen, die alles Wesentliche zu enthalten hat, von den Mitgliedern der Wahlkommission zu unterfertigen und mit der Wahlausschreibung, dem Wahlverzeichnis und den abgegebenen Stimmzetteln unter Verschluß beim Landesschulrat aufzubewahren ist. Jeder Wahlberechtigte kann in diese Akten Einsicht nehmen.
- (2) Das Ergebnis der Wahl ist den gewählten Mitgliedern und Ersatzmitgliedern sowie dem Präsidenten des Landesschulrates bekanntzugeben. Dieser hat das Wahlergebnis durch Anschlag an der Amtstafel kundzumachen und den betroffenen Schulen zur Kundmachung zu übermitteln.

215/ME XVII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

# Anfechtung der Wahl

§ 19. (1) Die Wahl zu einem Landes-Schülerbeirat kann von jedem Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen nach Mitteilung des Wahlergebnisses beim Landesschulrat angefochten werden. Die Anfechtung ist jedoch unzulässig, wenn sie sich auf Gründe stützt, die bereits durch Einwendungen gemäß § 9 Abs. 3 hätten geltend gemacht werden können oder erfolglos geltend gemacht worden sind.

(2) Über die Ansechtung entscheidet der Landesschulrat. Gegen die Ent-

scheidung ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.

(3) Auf Grund der Anfechtung ist die Wahl soweit für ungültig zu erklären, als Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt worden sind und durch diese Rechtswidrigkeit das Wahlergebnis beeinslußt werden konnte.

#### Entworf

#### Anfechtung der Wahl

- § 19. (1) Die Wahl zu einer Landesschülervertretung kann von jedem Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen ab der Kundmachung der Wahl durch den Präsidenten des Landesschulrates beim Landesschulrat angefochten werden. Die Anfechtung ist jedoch unzulässig, wenn sie sich auf Gründe stützt, die bereits durch Einwendungen gemäß § 9 Abs. 3 hätten geltend gemacht werden können oder erfolglos geltend gemacht worden sind.
- (2) Über die Anfechtung entscheidet der Landesschulrat. Gegen die Entscheidung ist ein ordentliches Rechtsmittel nicht zulässig.
- (3) Auf Grund der Anfechtung ist die Wahl so weit für ungültig zu erklären, als Bestimmungen über das Wahlverfahren verletzt worden sind und durch diese Rechtswidrigkeit das Wahlergebnisse beeinflußt werden konnte.

#### Rücktritt des Landesschulsprechers, der Bereichsstellvertreter

- § 20. (1) Der Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) kann im Rahmen einer internen Sitzung (§ 31) von seiner Funktion zurücktreten. In diesem Fall ist in derselben Sitzung die Neuwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) durchzuführen. § 17 Abs. 1 ist anzuwenden.
- (2) Gemäß Abs. 1 zurückgetretene Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Landesschülervertretung.

# .

11 15

# Entwurf

#### \_\_\_\_\_

### Abwahl des Landesschulsprechers, der Bereichsstellvertreter

- § 21. (1) Zur Abwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Landesschülervertretung binnen zwei Wochen ab der Antragstellung eine interne Sitzung einzuberufen (§ 31 Abs. 2). Diese interne Sitzung hat binnen weiterer zwei Wochen stattzufinden. Unterbleibt die Einberufung der Sitzung, hat der Präsident des Landesschulrats eine interne Sitzung zur Abwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) einzuberufen, welche innerhalb weiterer zwei Wochen stattzufinden hat.
- (2) Für die Abwahl eines Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Landesschülervertretung und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (3) Im Anschluß an die erfolgte Abwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) ist eine Neuwahl des Landesschulsprechers (Bereichsstellvertreters) durchzuführen. § 17 Abs. 1 ist anzuwenden.
- (4) Abgewählte Landesschulsprecher (Bereichsstellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Landesschülervertretung.

215/ME XVII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

#### 3. ABSCHNITT

#### Mitgliedschaft zum Bundes-Schülerbeirat

Zusammensetzung des Bundes-Schülerbeirates

- § 20. Dem Bundes-Schülerbeirat gehören dreißig Mitglieder an, und zwar
- 1. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen.
- 2. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie der mittleren Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung,
- 3. die neun Landesschulsprecher aus dem Bereich der Berufsschulen und
- 4. drei Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten (je ein Mitglied aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes, aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des

Bundesinstitutes für Heimerziehung in Baden, aus dem Bereich der landund forstwirtschaftlichen Schulen).

# Bestellungsweise und Funktionsdauer

- § 21. (1) Als Mitglieder gemäß § 20 Z 4 sind vom Zentrallehranstalten-Schülerbeirat, getrennt nach den im § 23 genannten Schulbereichen, die drei Mitglieder mit der jeweils höchsten Zahl an Wahlpunkten, als Ersatzmitglieder die drei Mitglieder mit der jeweils zweithöchsten Zahl an Wahlpunkten zu entsenden. Im Falle der Verhinderung eines Mitgliedes gemäß § 20 Z 1 bis 3 hat dessen Stellvertreter (§ 17 Abs. 1), im Falle der Verhinderung eines Mitgliedes gemäß § 20 Z 4 dessen Ersatzmitglied einzutreten.
- (2) Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten zwei Mitglieder des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates als Mitglied oder Ersatzmitglied in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission zu ziehende Los darüber, wer in den Bundes-Schülerbeirat als Mitglied und wer als Ersatzmitglied zu entsenden ist.

# Entworf 3. ABSCHNITT

#### Mitgliedschaft zur Bundesschülervertretung

#### Zusammensetzung der Bundesschülervertretung

- \$ 22. (1) Der Bundeschülervertretung gehören dreißig Mitglieder an und zwar
  - die Landesschulsprecher aus allen Bundesländern sowie jene Bereichsstellvertreter, die nicht dem Schulartbereich des jeweiligen Landesschulsprechers angehören;
  - 2. drei Mitglieder aus dem Bereich der Zentrallehranstalten (je ein Mitglied aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes, aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des Bundesinstituts für Heimerziehung in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulen).
- (2) Als Mitglieder gemäß Abs. † Z 2 sind von der Zentrallehranstaltenschülervertretung, getrennt nach den im § 26 genannten Schulbereichen, die drei Mitglieder mit der jeweils höchsten Zahl an Wahlpunkten, als Ersatzmitglieder die drei Mitglieder mit der jeweils zweithöchsten Zahl an Wahlpunkten zu entsenden. Wenn infolge gleicher Zahl an Wahlpunkten zwei Mitglieder der Zentrallehranstaltenschülervertretung als Mitglied oder Ersatzmitglied in Betracht kommen, so entscheidet das vom Vorsitzenden der Wahlkommission zu ziehende Los darüber, wer in die Bundesschülervertretung als Mitglied und wer als Ersatzmitglied zu entsenden ist.
- (3) Im Falle des Rücktritts eines Mitgliedes der Bundesschülervertretung ist der neu gewählte Landesschulsprecher bzw. Bereichsstellvertreter Mitglied der Bundesschülervertretung.
- (4) Im Falle der vorübergehenden Verhinderung eines Mitgliedes der Bundesschülervertretung werden
  - 1. Mitglieder aus der Zentrallehranstaltenschülervertretung durch ihre Ersatzmitglieder und
  - alle anderen Mitglieder der Bundesschülervertretung durch jenes Mitglied der Landesschülervertretung, welches die höchste Punktezahl aufweist,

vertreten.

#### Bundesschulsprecher, Stellvertreter

§ 22. Der Bundes-Schülerbeirat hat in der ersten internen Sitzung (§ 26) aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden (Bundesschulsprecher) und, getrennt nach den im § 20 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, drei Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen.

## Entwurf

#### Bundesschulsprecher, Stellvertreter

§ 23. Die Bundesschülervertretung hat zu Beginn der ersten internen Sitzung (§ 31) aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden (Bundesschulsprecher) und getrennt nach den im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereichen, drei Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitz führt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Mitglieder zu Sitzungsbeginn anwesend, so können nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahlen bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn mindestens ein Wahlberechtigter aus jedem Schulartbereich anwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig. Bis zum Abschluß der Wahlen hat der Wahlvorsitzende auch den Sitzungsvorsitz.

## Rücktritt des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter

- § 24. (1) Der Bundesschulsprecher (Stellvertreter) kann im Rahmen einer internen Sitzung (§ 31) von seiner Funktion zurücktreten. In diesem Fall ist in derselben Sitzung die Neuwahl eines Bundesschulsprechers (Stellvertreters) durchzuführen. § 23 ist anzuwenden.
- (2) Gemäß Abs. 1 zurückgetretene Bundesschulsprecher (Stellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Bundesschülervertretung.

#### 4. ABSCHNITT

# Mitgliedschaft zum Zentrallehranstalten-Schülerbeirat

## Zusammensetzung des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates

§ 23. Dem Zentralanstalten-Schülerbeirat gehören sechs Mitglieder an, und zwar je zwei Mitglieder aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes (Bundeserziehungsanstalten), aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des Bundesinstitutes für Heimerziehung in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulen (der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen des Bundes und der Forstfachschule).

## Entworf

# Abwahl des Bundesschulsprechers, der Stellvertreter

- \$ 25. (1) Zur Abwahl des Bundesschulsprechers (Stellvertreters) ist auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Bundesschülervertretung binnen zwei Wochen ab der Antragstellung eine interne Sitzung einzuberufen (§ 31 Abs. 2). Diese interne Sitzung hat binnen weiterer zwei Wochen stattzufinden. Unterbleibt die Einberufung dieser Sitzung, hat der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Bundesschülervertretung eine interne Sitzung zur Abwahl des Bundesschulsprechers (Stellvertreters) einzuberufen, welche innerhalb weiterer zwei Wochen stattzufinden hat.
- (2) Für die Abwahl des Bundesschulsprechers ist die Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder der Bundesschülervertretung und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (3) Abgewählte Bundesschulsprecher (Stellvertreter) bleiben weiterhin Mitglieder der Bundesschülervertretung.

#### 4. ABSCHNITT

## Mitgliedschaft zur Zentrallehranstaltenschülervertretung

# Zusammensetzung der Zentrallehranstaltenschülervertretung

§ 26. Der Zentrallehranstaltenschülervertretung gehören sechs Mitglieder an, und zwar zwei Mitglieder aus dem Bereich der Höheren Internatsschulen des Bundes, aus dem Bereich der Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten und des Bundesinstitutes für Heimerziehung in Baden sowie aus dem Bereich der land- und forstwirt-

schaftlichen Schulen (der höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen und der Forstfachschulen).

Anwendung von Bestimmungen des 2. Abschnittes

§ 24. Die §§ 7 bis 16 und §§ 18 und 19 sind mit folgenden Abweichungen anzuwenden:

1. in den §§ 7 Abs. 1 und 16 Abs. 1 tritt an die Stelle des Landes-Schüler-

beirates der Zentrallehranstalten-Schülerbeirat;

2. in den §§ 7 Abs. 1, 8, 9 Abs. 2 und 13 Abs. 1 treten an die Stelle der im § 6 Abs. 1 genannten Schulartbereiche die im § 23 genannten Schulbereiche;

3. in den §§ 9 Abs. 2, 10 Abs. 1 und 2, 18 Abs. 1 und 2 sowie 19 Abs. 1 tritt an die Stelle des Landesschulrates das Bundesministerium für Unterricht und Kunst:

4. in den §§ 10 Abs. 2 und 18 Abs. 2 tritt an die Stelle des Präsidenten des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht und Kunst;

5. im § 10 Abs. 2 tritt an die Stelle der drei Landesschulsprecher der Zentrallehranstaltensprecher;

6. in den §§ 11 und 19 Abs. 2 tritt an die Stelle des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht und Kunst;

7. im § 18 Abs. 3 tritt an die Stelle der dort vorgesehenen Bekanntgabe die Bekanntgabe der Namen der Mitglieder des Zentrallehranstalten-

Schülerbeirates, die gemäß § 21 Abs. 1 in den Bundes-Schülerbeirat als Mitglieder und als Ersatzmitglieder zu entsenden sind.

## Entworf

#### **Funktionsdauer**

\$ 27. Die Funktionsdauer eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes endet durch Zeitablauf, Rücktritt und durch Beendigung des Schulbesuches (§ 33 SchUG). Im letztgenannten Fall durch einen Schulwechsel nur, sofern das Mitglied den bisherigen Schulartbereich (§ 26) verläßt oder den schulbehördlichen Zuständigkeitsbereich wechselt. Das Antreten zur Reifeprüfung, Reife- und Befähigungsprüfung, Befähigungs- oder Abschlußprüfung beendet nicht die Funktionsdauer.

#### Anwendung von Bestimmungen des 2. Abschitts

§ 28. (1) § 7 Abs. 1, 2 und 4 und die §§ 8 bis 16 sowie 18 bis 21 sind mit folgenden Abweichungen anzuwenden:

- 1. In den \$\$ 7 Abs. 1, 11 Abs. 1, 16 Abs. 1, 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 und § 21 tritt an die Stelle der Landesschülervertretung die Zentrallehranstaltenschülervertretung:
- 2. In den §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1, 9 Abs. 2, 12 Abs. 2 und § 13 Abs. 1 treten an die Stelle der im § 6 Abs. 1 Z 1 bis 3 genannten Schulartbereiche die im § 26 genannten Schulartbereiche;
- 3. In den §§ 9 Abs. 2, 10 Abs. 1 und Abs. 2, 11 Abs. 1 und § 18 Abs. 1 tritt an die Stelle des Landesschulrates das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport;
- 4. In den \$\$ 10 Abs. 2, 18 Abs. 2, 19 Abs. 1 und \$ 21 Abs. 1 tritt an die Stelle des Präsidenten des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport;
- 5. Im \$ 10 Abs. 2 und den \$\$ 20 und 21 tritt an die Stelle des Landesschulsprechers und der Bereichsstellvertreter der Zentrallehranstaltensprecher und dessen Stellvertreter;
- 6. Im § 19 Abs. 1 und Abs. 2 tritt an die Stelle des Landesschulrates der Bundesminister für Unterricht. Kunst und Sport.
- (2) § 11 Abs. 2 ist überdies mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle der persönlichen Stimmabgabe die Stimmabgabe auf dem Wege durch die Post tritt und der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport alle erforderlichen Vorkehrungen für die Wahrung des Wahl-

# Zentrallehranstaltensprecher, Stellvertreter

§ 25. Der Zentrallehranstalten-Schülerbeirat hat in der ersten internen Sitzung (§ 26) aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden (Zentrallehranstaltensprecher) und dessen Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder mit einsacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen.

44 77

## Entwürf

geheimnisses zu treffen hat. Der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport hat überdies durch Verordnung eine Frist für die Stimmabgabe festzulegen. Verordnungen zur Festlegung der Frist für die Stimmabgabe sind durch Anschlag an den betreffenden Schulen kundzumachen und treten, soweit darin nicht anderes bestimmt ist, mit Ablauf des Tages des Anschlages in der Schule in Kraft. Die Wahlberechtigten sind in geeigneter Weise auf diese Kundmachungen hinzuweisen.

(3) Auf die Durchführung von Neuwahlen des Zentrallehranstaltensprechers (Stellvertreters) ist § 29 anzuwenden.

# Zentrallehranstaltensprecher, Stellvertreter

\$ 29. Die Zentrallehranstaltenschülervertretung hat zu Beginn der ersten internen Sitzung aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden (Zentrallehranstaltensprecher) und dessen Stellvertreter bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen zu wählen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlvorsitzenden zu ziehende Los. Den Wahlvorsitz führt das älteste anwesende Mitglied. Sind weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten zu Sitzungsbeginn anwesend, so kann nach dem Verstreichen einer Stunde die Wahl bei Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten durchgeführt werden, wenn minwesend ist. Die Durchführung von Wahlen ist bis zum Ende der internen Sitzung zulässig.

#### 5. ABSCHNITT

#### Verfahren der Schülerbeiräte

#### Beratungen

§ 26. (1) Die Schülerbeiräte haben die ihnen übertragenen Aufgaben (§ 2) in internen Sitzungen und in gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Schulbehörden zu beraten.

(2) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

www.parlament.gv

## Einberufung von Sitzungen

- § 27. (1) Die erste interne Sitzung des Bundes-Schülerbeirates und die erste interne Sitzung des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates sind auf Antrag vom Buhdesminister für Unterricht und Kunst einzuberufen. Der Antrag, der einen bestimmten Tag anzugeben hat, ist von mindestens zwei Mitgliedern des Bundes-Schülerbeirates bzw. zwei Mitgliedern des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates zu stellen.
- (2) Die internen Sitzungen eines Schülerbeirates sind von seinem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von seinem Stellvertreter, nach Bedarf, höchstens aber viermal in einem Schuljahr, unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Eine Sitzung ist innerhalb von zwei Wochen einzuberufen, wenn dies schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes wenigstens von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

## Entwurf

#### 5. ABSCHNITT

#### Verfahren der Schülerbeiräte

#### Beratungen

- § 30. (1) Die Schülervertretungen haben die ihnen übertragenen Aufgaben (§§ 2 und 3) in internen Sitzungen und in gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Schulbehörden zu beraten.
- (2) Die Schülervertretungen können durch Beschluß (§ 34) im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben die Erledigung einzelner Angelegenheiten, die nur jeweils eine Schulart betreffen, spezifischen Bereichsausschüssen übertragen. Über die Tätigkeit dieser Ausschüsse ist in den internen Sitzungen der jeweiligen Schülervertretung zu berichten.
  - (3) Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

#### Einberufung von Sitzungen

- § 31. (1) Die erste interne Sitzung der Bundesschülervertretung und die erste interne Sitzung der Zentrallehranstaltenschülervertretung ist vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport bis zum 15. Oktober des jeweiligen Schuljahres einzuberufen.
- (2) Interne Sitzungen einer Schülervertretung sind von ihrem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von dessen Stellvertreter nach Bedarf unter Bekanntgabe des Tagungsortes, des Tagungszeitpunktes und der Tagesordnung einzuberufen. Eine Sitzung, mit Ausnahme der ersten internen Sitzung, ist innerhalb von zwei Wochen einzuberufen, wenn dies schriftlich unter Bekanntgabe des Beratungsgegenstandes wenigstens von einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

215/ME XVII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original)

(3) Die gemeinsamen Sitzungen eines Landes-Schülerbeirates mit Vertretern des Landesschulrates sind vom Präsidenten des Landesschulrates, die gemeinsamen Sitzungen des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst und die gemeinsamen Sitzungen des Bundes-Schülerbeirates mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom Bundesminister für Unterricht und Kunst einzuberufen. Im übrigen ist Abs. 2 anzuwenden.

# Leitung der Sitzungen

§ 28. (1) Die internen Sitzungen eines Schülerbeirates werden von seinem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von seinem Stellvertreter, geleitet.

(2) Die gemeinsamen Sitzungen eines Landes-Schülerbeirates werden vom Präsidenten des Landesschulrates oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Landesschulrates, die gemeinsamen Sitzungen des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates und des Bundes-Schülerbeirates vom Bundesminister für Unterricht und Kunst oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst geleitet.

#### Niederschrift

§ 29. Über jede interne und jede gemeinsame Sitzung eines Schülerbeirates ist ein Protokoll anzusertigen, das den Gang und das Ergebnis der Beratungen sestzuhalten hat. Der Schriftsührer ist vor Beginn jeder Sitzung vom Vorsitzenden zu bestimmen.

#### Entwurf

(3) Höchstens vier gemeinsame Sitzungen einer Landesschülervertretung mit Vertretern des Landesschulrates sind vom Präsidenten des Landesschulrates, höchstens vier gemeinsame Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und höchstens vier gemeinsame Sitzungen der Bundesschülervertretung mit Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport sind vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport einzuberufen. Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind mit der Einberufung bekanntzugeben.

#### Leitung der Sitzungen

- § 32. (1) Die internen Sitzungen einer Schülervertretung werden von ihrem Vorsitzenden, im Falle der Verhinderung von dessen Stell-vertreter, geleitet.
- (2) Die gemeinsamen Sitzungen einer Landesschülervertretung werden vom Präsidenten des Landesschulrates oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Landesschulrates, die gemeinsamen Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung und der Bundesschülervertretung vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport oder von einem von ihm zu bestellenden Beamten des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport geleitet.

#### Niederschrift

§ 33. Über jede interne und jede gemeinsame Sitzung und über Sitzungen der Bereichsausschüsse ist ein Protokoll anzufertigen, das den Gang und das Ergebnis der Beratungen festzuhalten hat. Der Schriftführer ist vor Beginn jeder Sitzung vom Vorsitzenden zu bestimmen.

§ 31. (1) Zu einzelnen internen und gemeinsamen Sitzungen eines Schülerbeirates können Sachverständige, die einem Schülerbeirat als Mitglieder nicht angehören, eingeladen werden, wenn dies im Hinblick auf den Beratungsgegenstand zweckmäßig ist. Über die Einladung von Sachverständigen entscheidet der jeweilige Vorsitzende.

Einladung von Sachverständigen und Beobachtern

Geltende Fassung

Beschlußfassung

Für einen Beschluß ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen

erforderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 30. Ein Schülerbeirat ist im Rahmen seiner internen Sitzungen beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(2) Sollen Vertreter von Jugendorganisationen als Sachverständige eingeladen werden, so hat dies der betreffende Schülerbeirat bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einfacher Mehrheit der

abgegebenen Stimmen zu beschließen.

(3) Zu gemeinsamen Sitzungen eines Landes-Schülerbeirates kann der Präsident des Landesschulrates zwei Vertreter der Fachausschüsse beim Landesschulrat, zwei Vertreter von repräsentativen Jugendorganisationen und zwei Vertreter von repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter einladen.

#### Beschlußfassung

- § 34. (1) Eine Schülervertretung ist im Rahmen ihrer internen Sitzungen beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Für einen Beschluß ist die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Nach dem Verstreichen einer Stunde ab Sitzungsbeginn genügt für das Zustandekommen eines Beschlusses die Anwesenheit eines Drittels der Mitglieder, wenn mindestens je ein Mitglied aus jedem Schulartbereich anwesend ist sowie die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (2) Auf die Beschlußfassung in Bereichsausschüssen ist Abs. 1 erster und zweiter Satz anzuwenden.

#### Binladung von Sachverständigen und Beobachtern

- § 35. (1) Zu den einzelnen internen und gemeinsamen Sitzungen einer Schülervertretung sowie zu den Bereichsausschüssen können Sachverständige, die einer Schülervertretung als Mitglied nicht angehören, eingeladen werden, wenn dies im Hinblick auf den Beratungsgegenstand zweckmäßig ist, die Finanzierung sichergestellt ist und die Kosten dem Grundsatz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen. Über die Einladung von Sachverständigen entscheidet der jeweilige Vorsitzende.
- (2) Soll ein Vertreter von Jugendorganisationen als Sachverständiger eingeladen werden, so hat die die betreffende Schülervertretung bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Mehrheit zu beschließen.
- (3) Zu gemeinsamen Sitzungen einer Landesschülervertretung kann der Präsident des Landesschulrates zwei Vertreter der Fachausschüsse beim Landesschulrat, zwei Vertreter von repräsentativen Jugend-organisationen und zwei Vertreter von repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter einladen.

215/ME XVII. GP - Ministerialentwurf (gescanntes Original

(4) Zu gemeinsamen Sitzungen des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates und des Bundes-Schülerbeirates kann der Bundesminister für Unterricht und Kunst zwei Vertreter der Zentralausschüsse beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst, zwei Vertreter von repräsentativen Jugendorganisationen und zwei Vertreter von repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter einladen.

#### Ehrenamt

- § 32. (1) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülerbeiräte sowie die allenfalls beigezogenen Sachverständigen und Beobachter üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (2) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülerbeiräte haben Anspruch auf Reisegebühren im Sinne der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, gemäß der Gebührenstufe 1. Die Nächtigungsgebühr entfällt bei amtlicher Beistellung unentgeltlicher Unterkunft.

# Geschäftsordnung

§ 33. Jeder Schülerbeirat hat unter Anwendung des § 30 eine Geschäftsordnung zu beschließen, die die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung zu enthalten hat

## Personal- und Sachaufwand

§ 34. Für die Sacherfordernisse der Schülerbeiräte und für die Besorgung ihrer Kanzleigeschäfte ist im Rahmen der Landesschulräte bzw. des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst Vorsorge zu treffen. Die Kosten hat der Bund zu tragen .

#### Entwurf

(4) Zu gemeinsamen Sitzungen der Zentrallehranstaltenschülervertretung und der Bundesschülervertretung kann der Bundesminister
für Unterricht, Kunst und Sport zwei Vertreter der Zentralausschüsse
beim Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, zwei Vertreter von repräsentativen Jugendorganisationen und zwei Vertreter von
repräsentativen Eltern- und Familienorganisationen als Beobachter
einladen.

#### Ehrenamt

- \$ 36. (1) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülervertretungen sowie die allenfalls beigezogenen Sachverständigen und Beobachter üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.
- (2) Die Mitglieder und die Ersatzmitglieder der Schülervertretungen haben Anspruch auf Reisegebühren im Sinne der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl.Nr. 133, in der jeweils geltenden Fassung, gemäß der Gebührenstufe 1. Die Nächtigungsgebühr entfällt bei amtlicher Beistellung unentgeltlicher Unterkunft.

#### Geschäftsordnung

§ 37. Jede Schülervertretung hat unter Anwendung des § 34 Abs. 1 eine Geschäftsordnung zu beschließen, die die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung der Schülervertretung und der Bereichsausschüsse zu enthalten hat.

#### Personal- und Sachaufwand

§ 38. Für die Sacherfordernisse der Schülervertretungen und für die Besorgung ihrer Kanzleigeschäfte ist im Rahmen der Landesschulräte bzw. des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport Vorsorge zu treffen. Die Kosten hat der Bund zu tragen.

#### 6. ABSCHNITT

## Obergangsbestimmungen; Vollziehung

§ 35. Für die erste Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder eines Landes-Schülerbeirates sind an Stelle der drei Landesschulsprecher (§ 17 Abs. 1) die drei Landesschulsprecher des betreffenden im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehenden Landes-Schülerbeirates berechtigt, an den Sitzungen der Wahlkommission als Wahlzeugen ohne Stimmrecht teilzunehmen. Für die erste Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Zentrallehranstalten-Schülerbeirates ist § 24 Z 5 nicht anzuwenden.

§ 36. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Unterricht und Kunst betraut.

## Entworf

#### Inkrafttreten und Vollziehung

- § 39. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. September 1990 in Kraft. Für die Wahl der Mitglieder und der Ersatzmitglieder einer Landesschülervertretung für das Schuljahr 1990/91 sind bereits die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes anzuwenden.
- (2) Verordnungen aufgrund dieses Bundesgesetzes können bereits von dem seiner Kundmachung folgenden Tag an erlassen werden. Sie treten frühestens mit dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt in Kraft.
- (3) Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes tritt das Bundesgesetz BGB1.Nr. 56/1981 außer Kraft.
- (4) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betraut.

www.parlament.gv